

# Proletarier

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der Kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der IKP

Nr. 13 — April/Mai 1981

Preis: 50 Pfg.

## Polizeiterror und Klassenjustiz werden den Ausbruch des Klassenkampfes nicht verhindern!

Drei Stränge liefen in Deutschland im Laufe der letzten Monate zusammen und bedingten sich wechselseitig, um erste Risse in der Mauer des erstickenden sozialen Friedens zu erzeugen.

1. Die Haßausbrüche der Jugend. Sie hatten sich seit dem Frühjahr 1980 bemerkbar gemacht. Darauf reagierte die Bourgeoisie mit wachsender Repression und der ewigen Bekundung ihrer Dialogbereitschaft. Es handelt sich dabei um Jugendliche, denen diese Gesellschaft keine Perspektive mehr zu bieten hat, es sei denn man befreit - wie die Prediger des Dialogs - das Kuschen vor immer unerträglicher werdenden Lebensbedingungen und vor zunehmender Unterdrückung als eine solche.

2. Die Hausbesetzungen. Sie entstanden auf der Grundlage der Wohnungsnot und dehnten sich allmählich auf fast alle großen und auch viele mittleren Städte der Bundesrepublik aus. Diese Bewegung mußte aus ökonomischen wie aus politischen Gründen zwangsläufig einen Teil der rebellierenden Jugendlichen mobilisieren.

Die Hausbesetzer sahen sich sehr bald der *bürgerlichen Repression* ausgesetzt, deren Funktion ja darin besteht, Ordnung und Eigentum zu schützen. Gewalttätige Räumung von Häusern mit massivem Polizeieinsatz und Verhaftungen haben zu Demonstrationen geführt: Demonstrationen gegen Räumungen und Demonstrationen gegen Verhaftungen, Ermittlungsverfahren und Urteile der Klassenjustiz. Demonstrationen, auf denen die Revolte von Gruppen von Jugendlichen immer wieder ausbricht, und die die Bourgeoisie durch direkten Einsatz und Androhung von Gewalt zu verhindern bzw. einzuschüchtern versucht. Somit sah sich die Hausbesetzerbewegung mit allen Aspekten der Frage der bürgerlichen Repression, nicht zuletzt mit der Frage ihrer eigenen politischen Gefangenen konfrontiert.

3. Der Hungerstreik der politischen Gefangenen. Gerade vor dem Hintergrund einer solchen sozialen Bewegung, die sich zum Kampf oder zumindest zum Protest gegen die bürgerliche Repression veranlaßt sieht, traten Anfang Februar die politischen Gefangenen in den Hungerstreik. Es handelt sich dabei um Angehörige der RAF sowie anderer politischer Gruppen, die es gewagt hatten, dem bürgerlichen Staat mit Waffen in der Hand entgegenzutreten. Dieser Hungerstreik, dem sich auch etliche soziale Gefangene anschlossen, wurde zeitweise von fast 400 Gefangenen getragen. Viele sahen sich gezwungen, ihn mehr oder weniger früh abzubrechen. Zum Zeitpunkt, wo diese Ausgabe erscheint, befinden sich noch 27 politische Gefangene im Hungerstreik. Die meisten von ihnen schweben in Lebensgefahr. Ihre Bewegung verfolgt das unmittelbare Ziel, eine Erleichterung der bestialischen Haftbedingungen zu erreichen (Isolationhaft in Hochsicherheitstrakten, d.h. Folter entsprechend dem modernsten Stand der „wissenschaftlichen“ Entwicklung, um ihre politische Identität und ihren Kampfgeist zu zerstören).

Die Bourgeoisie errichtete eine Mauer des Schweigens über den Hungerstreik,

vor allem aber befahl sie eine Nachrichtensperre, ja sie verhängte ein Re-derverbot über die Forderungen der Gefangenen.

Doch der Streik der Gefangenen führte, wenn auch nur im Keim und beschränkt auf die kämpferischen Jugendlichen und die Hausbesetzerbewegung, zu Solidarierungsversuchen. Mehr noch, er führte zu einer gewissen Radikalisierung des Kampfes gegen die Repression. Die versöhnliche, auf einen Dialog und einen Ausgleich abzielende Forderung nach „Amnestie“ für die inhaftierten Hausbesetzer konnte trotz einschlägiger Bemühungen von Kräften wie „Alternative Liste“, alternative Popen, alternative Freie Demokraten keine totale politische Umweltverschmutzung herbeiführen und zog sich sogar zeitweilig - wie in Berlin - auf penetrant-dezente Wahlveranstaltungen und Veranstaltungen in Uni-Hörsälen zurück. Die Forderung nach Freilassung - die langfristig doch das Ziel im Hinblick auf alle politischen Gefangenen darstellt - gewann auf der Straße die Oberhand. Die Forderung nach Freilassung der inhaftierten Hausbesetzer wurde zu einer Vorbedingung für jede Verhandlung zur Klärung der Miet- und Nutzungsverhältnisse der in Berlin besetzten Häuser gemacht.

Auf diese ganze Entwicklung reagierte und reagiert die Bourgeoisie Schritt für Schritt mit einer Eskalation repressiver Gewalt. Knüppel- und Tränengaseinsatz (wobei die Ausrüstung der Polizei weiter ausgebaut werden soll), Hausdurchsuchungen, Hausräumungen, Massenfestnahmen und -verhaftungen, lawinenartige Ermittlungsverfahren und Anklagen wegen Haus- und Landfriedensbruchs, Verhängung hoher Strafen zur weiteren Abschreckung. Am hartnäckigsten versucht die Bourgeoisie, jeden Solidarierungsversuch mit dem Kampf und den Forderungen der politischen Gefangenen zu verhindern. Zusammenlegung der Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen, internationale Kontrolle ihrer Haftbedingungen, Freilassung von Günther Sonnenberg und Verena Becker (damit ihre Gesundheit wiederhergestellt werden kann), Abschaffung der Hochsicherheitstrakte oder selbst nur die Losung „Solidari-

tät mit den Forderungen der politischen Gefangenen“ - wer mit einem Flugblatt dieses Inhalts erwischt wurde, wer dabei ertappt wurde, als er diese Parolen an die Wand sprühte, wurde zunächst verschleppt und dann unter Anklage der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung gestellt.

Kampf gegen die bürgerliche Repression, Solidarität mit den politischen Gefangenen: hier liegen entscheidende Fragen des Klassenkampfes. Es wäre unrealistisch zu erwarten, daß die Jugendlichen in ihrem desorganisierten und spontanen Unmut oder die reine Hausbesetzerbewegung darauf eine wirksame und koordinierte Antwort, eine Antwort im Zeichen der Perspektive eines langfristigen Kampfes geben könnten. Wir haben gewissermaßen mit Vorankündigungen des proletarischen Klassenkampfes zu tun. Die soziale Bewegung sammelt noch ihre ersten Erfahrungen mit dem Klassenfeind und sie kann sich dabei auf keine unmittelbare Tradition des revolutionären Kampfes stützen. Vielmehr tritt sie aus dem Sumpf jahrzehntelanger demokratischer Korruption her aus und sie spielt sich zudem noch in Randschichten des Proletariats auf keiner ausgesprochenen Klassengrundlage ab. Sie leidet unter den verheerenden Ergebnissen einer konterrevolutionären Vergangenheit, in deren Verlauf selbst die Arbeiterkämpfe zur Verteidigung der allerersten Lebensbedingungen praktisch verschwanden. Sie sieht sich

Fortsetzung auf S. 6

## Apokalyptische Stimmungen in der Bourgeoisie

„Die herrschende Meinung ist die Meinung der herrschenden Klasse“, hat Marx einmal gesagt. Zwar wird diese Meinung unzählige Male durch das Prisma der bürgerlichen Medien gebrochen, aber durchgängige und hartnäckige Stimmungen lassen sich auch hier herauslesen. Da die Bourgeoisie und vor allem ihre politischen Vertreter einen ihrer Klassennatur entspringenden Berufsoptimismus über die Zukunft ihrer Produktionsweise an den Tag legen müssen, ist es um so bemerkenswerter, wenn sich heute im Stimmungsbarometer der Medien eine pessimistische Grundströmung breit macht.

„Nach Jahrzehnten, in denen die Zukunft in strahlendem Licht erschien, ist dieses Land in ein anderes Zeitalter eingetreten“, schreibt die großbürgerliche *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* in ihrem Leitartikel vom 19.2.81. Die FAZ sieht sich gezwungen, einen Kampftitel gegen die „Seuche des Pessimismus“ zu schreiben, um die politischen Vertreter der Bourgeoisie, insbesondere die Regierungsparteien, darauf hinzuweisen, daß es ihre Aufgabe wäre, gefälligst einen optimistischen Zeitgeist zu verbreiten. Wie kann der einzelne kapitalistische Unternehmer mutig in die Zukunft schauen, wenn seine politischen Repräsentanten in Pessimismus machen und gar ziemlich verworren sind? „Das politische Klima prägt das ökonomische; die stabilste Wirtschaft kann nicht gesund bleiben, wenn der Geist der Politik sie vergiftet. Auch in der Wirtschaft stirbt der Mut, wenn Politik nicht Zuversicht verbreitet.“

Natürlich erhofft man sich diese Zuversicht von einem Regierungswechsel. Aber hat denn jemals ein Regierungswechsel im

Fortsetzung auf S. 4

### IN DIESER AUSGABE:

Richtlinien für den Kampf gegen die Repression Seite 2

Der Bürgerkrieg in El Salvador Seite 3

Über die Losung des »selbstbestimmten Lebens« S.4

Internasionalist Proleter Seite 2

Kapitalismus und Wohnungsfrage Seite 5

Die Lüge des »realen Sozialismus« Seite 7

außerdem:

- Gegen die Repression in Algerien
- Über die Arbeitslosigkeit
- Zur Tarifrunde
- Kritik an einer falschen „Imperialismus-Theorie“
- Zum Attentat auf Reagan

## Polen auf des Messers Schneide

Seit Monaten wiederholen die aus Polen kommenden Nachrichten anscheinend immer das gleiche Schema: Ausrufung von Streiks, gekontert von scharfer Verurteilung und Repressionsmaßnahmen, vorübergehende Kampfpausen, die die Auseinandersetzungen für einen Augenblick abschwächen, bis es zum nächsten Ausbruch und wieder zur nächsten Kampfpause kommt. Zwischendurch wird durch mehr oder weniger geheime Polizeiaktionen das Widerstandspotential seitens der Arbeiter „getestet“: Die Verhaftung von Gewerkschaftern und politisch engagierten Leuten ist das Vorspiel, um offensichtlich eine breitere Repression zu starten, die die ganze Arbeiterklasse treffen und somit die Ergebnisse der großen Kämpfe der vergangenen Monate zunichte machen soll. Und jedesmal muß die harte Linie der Regierungskräfte dann ihre Krallen wieder einziehen und der Linie des Verständnisses und des „Dialogs“ Platz machen, während die „Hilfe“ der „Brudervölker“ sich immer drohender abzeichnet.

Die letzte große Polizeiprovokation in Pommern, wo Gewerkschafter von der Polizei zusammengeschlagen wurden, war keine einzelne Episode. Repressive Aktionen hatte es unter anderem auch in Lodz und Radom gegeben. Und die Ereignisse in Bromberg zeigten wieder einmal die großartige und

unverminderte Kampfbereitschaft des polnischen Proletariats im ganzen Lande. Dieser ungestüme Kampfwille der Arbeiterklasse in Polen läßt sich durch die Militärdrohungen, durch die Appelle zur nationalen Solidarität, zur Rettung der Nation und ihrer hochheiligen Wirtschaft nicht brechen, und dies ist umso bedeutender, als die polnische Arbeiterklasse sich einem wahren Trommelfeuer ausgesetzt sieht, das nicht allein von außen kommt. Innerhalb der Klasse selbst arbeiten organisierte Kräfte kirchlicher und demokratischer Observanz, die - durch ein Heer von „Beratern“ unterstützt - an die spontanen Kämpfe und Forderungen anknüpfen, um die Bewegung für eine Lösung der ökonomischen und politischen Probleme der „Nation“ einzuspannen, eine „Lösung“, zu der die sich im italienischen Tempo abbläsenden Regierungen nicht in der Lage sind.

Die laufenden Kämpfe zeigen immer deutlicher, wie groß der Haß auf dieses Regime ist, das sich für „sozialistisch“ ausgibt. In ihnen zeichnet sich aber noch viel mehr ab, nämlich das wachsende Mißtrauen eines immer größeren Teils der Arbeitermassen und vor allem des kämpferischsten Flügels gegenüber den Vertretern einer Linie der Zusammenarbeit mit der Regierung. Dieses

Mißtrauen gegenüber Walesa & Co. geht inzwischen bis zum offenen Protest, zu Versuchen des artikulierten Widerstands, um zu verhindern, daß faule Kompromisse mit der Regierung als Alibi zur rastlosen Demobilisierung anvisierter Kampffaktionen führen: Es ist zwar nicht gelungen, das Abblasen des in Zusammenhang mit den Ereignissen von Bromberg vorbereiteten unbestimmten Generalstreiks zu verhindern. Doch der Entschluß, im Austausch gegen Scheinzugeständnisse der Regierung (die sich im Grunde nur dazu bereit erklärte, gegen einige besonders verhaßte Bullen vor Ort ein „Dienstverfahren“ anzuordnen) die Aktion zurückzupfeifen, konnte nur gegen einen großen Widerstand durchgesetzt werden. Die reformistischen Führer - welcher Couleur auch immer - sehen sich gerade aufgrund ihres Reformismus, ihrer Sorge um die Stabilität des *status quo* und um das nationale Wohl Polens gezwungen, ihre Zusammenarbeit mit der Regierung zu vertiefen und sich im Feuer des Gefechts offen als „Verräter“ an der Klasse zu zeigen, der sie zwar entstammen, deren Interessen sie jedoch - selbst auf unmittelbarer Ebene - nicht vertreten können, weil diese Interessen sich nur im verbissenen Kampf gegen die Wirtschaft und gegen den Staat durchsetzen lassen.

Fortsetzung auf S. 8

### KOMMUNISTISCHES PROGRAMM

Nr. 27 Januar 1981

#### Inhalt:

Der Klassenkampf ist lebendiger denn je  
Die Rolle der Nation in der Geschichte  
Die „Übergangsforderungen“ in der kommunistischen Taktik  
Ulster - letzte englische Kolonie

# Einige Richtlinien für den Kampf gegen die kapitalistische Repression

Der chaotische Gang des Kapitalismus ruft zwangsläufig eine ganze Reihe von sozialen Reaktionen hervor, angefangen bei der individuellen Revolte einzelner Ausgebeuteter und dem Verteidigungskampf einzelner Gruppen von Proletariern bis hin zum revolutionären Aufstand gegen den bürgerlichen Staat. So führt heute die Vertiefung der Krise bereits zu Arbeiterkämpfen in den Randgebieten des Kapitalismus, und in den imperialistischen Metropolen ruft sie das Gespenst der Wiederaufnahme des Klassenkampfes wach.

Die Bourgeoisie kennt auf die katastrophalen Auswirkungen ihrer eigenen Produktionsweise nur eine einzige Antwort: Sie panzert ihren Staatsapparat immer mehr, sie verschärft den physischen und politischen Druck auf das Proletariat und die ausgebeuteten Massen, und dies alles mit dem vollen Einverständnis der falschen Arbeiterparteien, ob nun sozialdemokratischer oder national-kommunistischer Couleur. Und in Zeiten der Krise winkt die Bourgeoisie zwar weiterhin mit dem Zuckerbrot, um zu korrumpieren, doch gewinnt die Anwendung der abschreckenden Peitsche eine immer größere Bedeutung.

Wenn man ein Diagramm der bürgerlichen Repression auf internationaler Ebene erstellen könnte, so würde sich daraus ganz klar eine allgemeine Verschärfung im Laufe der letzten Jahre ersehen lassen. Und zwar sowohl in den angeblich sozialistischen Ländern des Ostens und den von mehr oder weniger offenen Militärdiktaturen regierten Ländern der "dritten Welt", die sich kaum vom Kolonialismus befreit haben, als auch in den guten alten imperialistischen Demokratien des Westens, wo die sozialen Stoßdämpfer noch wirksam sind.

Unter diesen Bedingungen werden die aus den Arbeiterkämpfen hervorgehenden Organisationen wie auch die Partei selbst immer häufiger mit den Fragen des Kampfes gegen die Repression und der Verteidigung der Opfer der kapitalistischen Repression konfrontiert werden. Beides sind untrennbar verbunden mit dem proletarischen Kampf und stellen sich ihm als eine ständige Notwendigkeit dar.

Es handelt sich hierbei unbestreitbar um eine *Parteiaufgabe*, und zwar sowohl weil die Partei keine von der Masse des Proletariats getrennten Interessen vertritt, als auch weil sie allein in der Lage ist, jeden proletarischen Kampf auf konsequen-

te Weise zu führen und ihn mit der revolutionären Perspektive zu verbinden.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß nun jede Partei oder jede Organisation "allein ihre Opfer" verteidigen müßte. Es ist eine wahrhaftige Idiotie zu glauben, wie es heute im allgemeinen der Fall ist, daß allein derjenige verteidigt zu werden verdient, der diese oder jene politischen Überzeugungen teilt. Diese elende und sektiererische Haltung, die auf die stalinistische Konterrevolution zurückgeht, tritt die elementare Klassensolidarität mit Füßen, führt zur Spaltung und Ohnmacht.

Die wirklichen Kommunisten sind grundsätzlich mit allen Proletariern und Unterdrückten solidarisch, die sich gegen den Klassenfeind erheben, selbst mit denjenigen, die noch eine falsche Vorstellung vom Kampf haben, und selbst wenn ihre Taten noch nicht dem angestrebten Ziel entsprechen.

Mehr noch, die Solidarität ist eine Aufgabe, derer sich alle, selbst die bescheidensten Organisationen annehmen müssen, die auf dem Boden der unmittelbaren Verteidigung entstehen. Solchen Organisationen, die morgen auf breiter Ebene wieder entstehen werden, wird sich - ganz gleich welche Form sie sich geben - unausweichlich die Aufgabe stellen, dieser Anforderung zu entsprechen. Und dies behält seine Gültigkeit auch, wenn Organisationen wie eine "Proletarische Hilfe" oder "Rote Hilfe" wiederentstehen, deren spezielle Aufgabe in der Koordinierung der Hilfe für die Opfer der bürgerlichen Repression besteht.

Jede echt proletarische Organisation hat die Pflicht, die Einschüchterung durch den Gegner zu bekämpfen und im Kampfeine Haltung zu fördern, bzw. einen Geist in ihn hineinzutragen, welche den Schutz der kämpfenden Organisation erleichtern. Sie muß den Kampf mit einem Gefühl beselen, das die Kampfbereitschaft der Arbeiter stärkt und das es erlaubt, den Kampf trotz der unausbleiblichen Schläge des Klassenfeindes fortzusetzen.

Andernfalls wird die Gefahr groß sein, in den demokratischen Sumpf hinabgezogen zu werden, wo sich Gewerkschaftsbonzen und "Arbeiter"politiker in Schlipf und Kragen, Juristen und berühmte Persönlichkeiten mit ihrem ganzen "linken Gefolge" intensiv darum bemühen, die Proletarier davon zu überzeugen, daß man die Repression am besten dadurch vermeidet, daß man sich

von vornherein an vom Gegner festgelegte Kampfregeln hält, kurzum eben auf den Kampf verzichtet.

Jede proletarische Organisation und also auch die Partei hat die Aufgabe, in den Proletariern den Haß auf den kapitalistischen Staat, seine Bullen und Richter zu schüren, in ihnen den Instinkt der Rebellion und des Kampfes gegen die Repression, mit der die Bourgeoisie gegen jede Auflehnung gegenüber Ausbeutung und Unterdrückung vorgeht, anzuspornen.

Es handelt sich dabei an erster Stelle natürlich um die Auflehnung des Proletariats, aber nicht nur dieser Klasse. Es handelt sich dabei ebenfalls um Bewegungen, die nicht rein proletarisch sind und sich gegen die Herrschaft des Imperialismus, namentlich des "eigenen" Imperialismus auflehnen. Es handelt sich schließlich auch um die Reaktionen anderer Schichten, Klassen oder Teile der Bevölkerung, denen der Kapitalismus vor allem in Zeiten der Krise nur wachsendes Elend und wachsende Unterdrückung zu bieten hat.

Gegenüber den unteren Schichten der Bauernschaft und der Mittelklassen, dem Joch des Imperialismus unterworfenen Bevölkerungen sowie den nationalen und ethnischen Minderheiten muß das Proletariat den Beweis erbringen, daß es die einzige Klasse ist, welche in der Lage ist, den bürgerlichen Staat ernsthaft anzugreifen und zu zerstören. Es muß ihnen also zeigen, daß es die einzige Klasse ist, welche eine Perspektive zu bieten hat, selbst wenn es zu diesem Zwecke gegebenenfalls autoritär gegenüber diesen Klassen, Schichten oder Bereichen der Bevölkerung auftreten und ihre Illusionen und die unvermeidlich reaktionären Aspekte ihres Verhaltens bekämpfen muß.

Die Solidarität mit den Opfern der kapitalistischen Repression muß zu einem untrennbaren Bestandteil des proletarischen Verteidigungskampfes werden.

Der proletarische Kampf nutzt selbstverständlich auch die geringsten, von Natur aus extrem begrenzten Möglichkeiten des bürgerlichen Rechts und die kleinsten, durch die Widersprüche des bürgerlichen Staatsapparates hervorgerufenen Schwachstellen aus, um das Ausmaß der Sanktionen und Strafen zu vermindern. Er muß aber gleichzeitig anhand der Tatsachen die öffenkundige und absolute Unzulänglichkeit dieser Möglichkeiten aufzeigen.

Er muß bestrebt sein, den Opfern der Repression und ihren Familien auf jeden Fall

die notwendige finanzielle und juristische, materielle und moralische Unterstützung zukommen zu lassen. Er muß, wenn es sich um inhaftierte Militanten handelt, vor allem darauf hinarbeiten, daß diese Kämpfer nicht in Vergessenheit geraten und damit nicht völlig schutzlos den Krallen des Feindes ausgeliefert sind.

Für die proletarische Bewegung gibt es keinen Über den beiden Lagern des Klassenkampfes stehenden Moralkodex. Sie kennt daher keinerlei moralische Empörung, wenn sich ihre angeklagten oder inhaftierten Militanten veranlaßt sehen sollten, vor den Richtern oder den Bullen die ihnen vorgeworfenen Taten zu leugnen oder gar den Klassenfeind zu belügen, wenn dies notwendig und nützlich ist. Es ist jedoch klar, daß die Klassenbewegung nichtsdestoweniger die der Repression ausgesetzten Militanten als ihre ureigensten Vertreter betrachten muß, stehen diese doch in vorderster Reihe auf der Barrikade und als erste unter dem Feuer des Feindes, ob nun vor Gericht oder im Gefängnis.

Wenn es auch denkbar ist, daß man dem Feind in dem einen oder anderen spezifischen Fall diese oder jene Konzession abringen kann, so darf die soziale Bewegung des Proletariats doch keinesfalls der Illusion verfallen, daß sie für ihre vom Feind geschlagenen Militanten Gnade oder eine Erleichterung ihres Schicksals erreichen kann, indem sie gemäß der schändlichen Praxis des Demokratismus, der ja nur die kapitalistischen Sitten widerspiegelt, Abstriche von ihren Zielen machen oder diese sogar gänzlich verhökern würde.

Ganz im Gegenteil, ein wirkliches Zurückweichen des Feindes - ob es sich dabei nun um eine Aufhebung oder Erleichterung der Strafen handelt - kann nur dann erreicht werden, wenn der Kampf unter der einmal erhobenen Fahne weitergeführt wird, wenn er sich zum Kampf der unterdrückten Genossen als zum eigenen Kampf bekennt, wenn er entgegen jedem opportunistischen oder demokratischen Versöhnungsgeist den stärksten Druck auf den Feind ausübt. Die Proletarier müssen von dem kämpferischen Verlangen durchdrungen sein, die Tore der Gefängnisse, hinter denen die vordersten Kämpfer als Geiseln eingeschlossen sind, so bald wie möglich aufzubrechen, mit dem Verlangen, alle Opfer der bürgerlichen Repression durch die revolutionäre Zerstörung des bürgerlichen Staates und die Errichtung der eigenen Klassendiktatur zu rächen.

## ALGERIEN: FÜR DIE FREILASSUNG VON BENKHALLAT UND SEINEN GENOSSEN!



wendet. Es versteht sich von selbst, daß wir die Solidarität mit unseren inhaftierten Genossen als eine internationale Aufgabe verstehen, für deren Unterstützung wir alle Klassenbewußten Proletarier aufrufen.

Fünf Militanten und Kontakte unserer Organisation wurden am 27. Dezember 1980 in einem Scheinprozeß durch das Militärgericht von Blida (Algerien) zu drei bis zehn Jahren Haft verurteilt. Ihnen waren unter Folter Geständnisse abgepreßt worden. Sie wurden beschuldigt, eine Zelle der Internationalen Kommunistischen Partei gebildet zu haben, und wegen "Gefährdung der Staatssicherheit" und "Verschwörung" abgeurteilt.

Es handelt sich um: Mohamed BENSSADA, in Abwesenheit verurteilt zu 10 Jahren Gefängnis  
Rabah BENKHALLAT, verurteilt zu 6 Jahren Gefängnis  
Abdelmalek KENDOUR, verurteilt zu 6 Jahren Gefängnis  
Sid Ali AKKACHE, verurteilt zu 5 Jahren Gefängnis  
Mohamed NAAMAN, verurteilt zu 3 Jahren Gefängnis

Diese Genossen waren, was von der algerischen Bourgeoisie geheimgehalten wurde, am 9. November 1978 in der Militärakademie von Cherchell durch den algerischen Militärsicherheitsdienst verhaftet worden und haben ohne Prozeß 2 Jahre in den algerischen Gefängnissen verbringen müssen. Außer ihnen wurden noch weitere Personen verhaftet und gefoltert, die mit ihnen sympathisiert hatten. So haben drei Offizierschüler, die einfache Kontakte waren, mit unseren Genossen fast 2 Jahre Gefängnis absitzen müssen, bevor am Vorabend des Prozesses die Anklage gegen sie aufgehoben wurde.

Daneben wurden noch weitere Soldaten 20 Tage festgehalten und gefoltert, weil sie das "Verbrechen" begangen hatten, unsere Presse zu lesen, die übrigens zum damaligen Zeitpunkt in Algerien frei verkäuflich war.

Im Laufe des Prozesses hat unser Genosse Rabah Benkhallat eine mutige Erklärung abgegeben: Trotz Anwesenheit des militärischen Sicherheitsdienstes im Gerichtssaal hat er die Folter angeprangert, die er und seine Genossen in den Händen des militärischen Sicherheitsdienstes erlitten hatten, und er hat den algerischen "Sozialismus" entlarvt.

Die Verhaftungen im November 1978 erfolgten zum Zeitpunkt der Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Boumediène. Die algerische Bourgeoisie befürchtete, daß die Auseinandersetzungen an der Spitze, die solche Ablösungsprozesse zwangsläufig begleiten, eine instabile Lage herbeiführen würden, was die Massen und Militanten für eine Stärkung der Propaganda und der politischen Agitation hätten ausnutzen können.

Das Ausmaß der im November 1978 in Cherchell ausgeübten Repression sowie die Härte der gefällten Urteile zeigt deutlich die Angst der Bourgeoisie vor dem Gespenst des Kommunismus, vor der Verbreitung des revolutionären Marxismus, insbesondere innerhalb der Armee, diesem Hauptinstrument zur Verteidigung ihrer Privilegien und ihrer Herrschaft gegen den Zorn der Massen. Diese Angst ist umso größer, als es sich bei keinem der Verhafteten um Karriereoffiziere handelte, die freiwillig in die Reihen der Armee getreten wären. Alle Verhafteten entstammen der "Kadettenschule der Revolution", die am Vorabend der Unabhängigkeit Algeriens gegründet wurde, um die Kinder der im algerischen Widerstand gefallenen Kämpfer aufzunehmen und aus ihnen, ob sie es nun wollten oder nicht, "Militärs auf Lebenszeit" zu machen. Man kann sich gut vorstellen, welches Revoltepotential in vielen dieser zwangsweise zum Militärdienst auf Lebenszeit verpflichteten jungen Leute steckt.

Alle kämpferischen Arbeiter und Jugendlichen, die sich der konterrevolutionären Gefahr des bürgerlichen Militarismus bewußt sind, alle diejenigen, die vom Haß gegen die Bourgeoisie, die Ausbeuter und ihren Staat beseelt sind, müssen unseren Kampf um diese politischen Gefangenen auch als ihren Kampf begreifen. Es geht um einen Kampf, der darauf abzielt, auf dem Boden des unnachgiebigen Klassenkampfes die größtmögliche Zahl von kämpferischen Arbeitern und Jugendlichen zu mobilisieren, um die Freilassung unserer inhaftierten Genossen oder - solange man dies nicht erreichen kann - zumindest weniger inhumane Haftbedingungen zu erzwingen: Verlegung in ein Zivilgefängnis; erweitertes Besuchsrecht für alle Familienangehörigen und Freunde; Recht, Bücher und sonstige Publikationen zu erhalten und zu lesen; Recht, Pakete zu erhalten usw.

Wir machen aus diesem Kampf nicht eine Art "Privatsache" unserer Organisation. Die Verhaftung und Verurteilung unserer Militanten und Kontakte ist nur eine weitere Episode der bürgerlichen Repression, die täglich die Arbeiterklasse und die armen Massen Algeriens trifft, währenddessen sich die neue, aus der Unabhängigkeit hervorgegangene herrschende Klasse mäht und Reichtümer über Reichtümer anhäuft. Der Kampf für ihre Freilassung ist nicht zu trennen von der Vorbereitung einer Klassenantwort auf die bürgerliche Repression.

Die kämpferischen Arbeiter und Jugendlichen, die sich gegen die bürgerliche Repression und für die Erringung jenes politischen und gewerkschaftlichen Kampfraums, der für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Algerien unerlässlich ist (nämlich die berühmten politischen und gewerkschaftlichen Rechte, die man nur in einem Kampf gegen die Bourgeoisie erzwingen kann) schlagen wollen, müssen die Forderung nach der bedingungslosen Freilassung aller politischen Gefangenen und nach der freien Rückkehr aller politisch Verbannten zu ihrer eigenen Forderung machen.

- NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN REPRESSION!
- FREILASSUNG ALLER ANONYMEN GEFANGENEN, DIE IN DIE KERKER DER ALGERISCHEN BOURGEOISIE GEWORFEN WURDEN!
- FREILASSUNG VON BENKHALLAT UND SEINEN GENOSSEN!
- FREIE RÜCKKEHR FÜR ALLE POLITISCH VERBANNTEN!
- GWERKSCHAFTLICHE UND POLITISCHE MEINUNGS-, VERSAMMLUNGS- UND ORGANISATIONSFREIHEIT!

# Der Bürgerkrieg in El Salvador

El Salvador ist der Schauplatz eines echten Bürgerkrieges (mehr als 10.000 Tote 1980). Unterstützt von den Vereinigten Staaten und Ländern wie Venezuela und mit Hilfe pararegularer Banden stellen sich die Armee und die Nationalgarde dem Kampf der Arbeiter und Bauern und eines Teils der radikalen Kleinbourgeoisie entgegen, um die Privilegien von Grundbesitzern und Bourgeoisie zu verteidigen. Die Repression ist blutig und trifft jeden, der es wagt, das Haupt zu erheben.

Das Zusammenfließen der Arbeiter- und Bauernbewegung mit der Bewegung der bewaffneten Organisationen, die sich dem Staat entgegenstellen, entspringt einer offensichtlichen Notwendigkeit des sozialen Krieges. Die Zuspitzung des Klassenkampfes verlangt eine militärische Organisation, und der Bürgerkrieg verlangt die Vernichtung des Gegners. Die vom Imperialismus unterstützte herrschende Klasse El Salvadors hat das sehr gut begriffen: Als Präsident Romero unter dem Druck der USA im Mai 1979 die Eröffnung eines "nationalen Dialogs" mit der demokratischen Opposition forderte, um bürgerliche Reformen erfolgreich durchzuführen, die soziale Grundlage der Macht auf größere Teile der Bourgeoisie auszuweiten und sie in den Staat zu integrieren, ließ die Repression dennoch keinen Augenblick nach.

Die demokratische Opposition forderte den Rücktritt General Romeros, um einem von der Armee in Angriff genommenen Reformplan ihre Unterstützung zu geben. Der "Foro Popular", der außer den Christdemokraten und der MNR ("Nationale Revolutionäre Bewegung", Mitglied der Sozialistischen Internationale) auch die UDN ("Demokratische Nationalistische Union", legale Organisation der KP), die LP-28 ("Volksliga des 28. Februar") und mittels der Führung der Gewerkschaftsföderation Fenestras auch die Vereinigte Volksfront (FAPU) umfaßte, forderte die Demokratisierung des Landes durch Verhandlungen. Die Militärs waren einverstanden, und am 15. Oktober 1979 legte ein militärischer Staatsstreich die Macht in die Hände der "Revolutionären Regierungsjunta", die von der Kirche unterstützt wurde und aus zwei Militärs (Gutiérrez, ein "Falke", und Majano, ein reformistischer Offizier) und einem Mitglied der MNR (Guillermo Ungo), Christdemokraten und einem Vertreter der UDN (d.h. der KP), der den Posten des Arbeitsministers erhielt, bestand.

Diese Abmachung war die natürliche Folge der gesamten Politik der demokratischen Opposition, die immer auf eine Übereinkunft mit der Armee aus gewesen war. Aber das reformistische Projekt der Armee und des Foro Popular scheiterte, weil die Klassenzusammenstöße mit der Bildung der Junta nicht aufhörten. Die Massen gaben die Waffen nicht ab und ließen sich nicht demobilisieren, während die Armee ihrerseits auch nicht einen Augenblick damit aufhörte, sie zu unterdrücken: Allein während der ersten Regierungswoche der Junta gab es mehr als 100 Tote. Die demokratischen Parteien taten, was sie konnten, um das reformistische Projekt zu unterstützen, und die Stalinisten der UDN erklärten im Rundfunk, daß nicht die Armee, sondern "verborgene, der Junta feindlich gesinnte Kräfte" eine Demonstration am 21. Oktober zusammengeschossen hätten. Diese Lage führte die LP-28 dazu, sich von Foro Popular zurückzuziehen, nachdem sie vorher eine zweideutige Haltung eingenommen hatten, die im übrigen ihre ganze vergangene Orientierung geprägt hatte. Die anderen "revolutionären Organisationen" hatten sich der Junta von Anfang an entgegengestellt.

Nachdem das reformistische Projekt vom Oktober 1979 Schiffbruch erlitten hatte, traten die Vertreter der MNR, der Arbeitsminister (UDN) und ein Flügel der Christdemokraten Anfang Januar 1980 von der Regierung zurück. Mit diesen Rücktritten änderte der Reformismus nicht sein Ziel, sondern nur seine Taktik. Er verfolgte weiter den Traum eines Bündnisses zwischen dem "fortschrittlichen Teil der Armee" und den "revolutionären Kräften".

Anstatt die infame Rolle zu entüllen, die die zurückgetretenen Bourgeois und Reformisten spielten, und ihnen so jede soziale Unterstützung zu entziehen, empfinden die "revolutionären Organisationen" sie mit offenen Armen, um die "Vereinigung der demokratischen und revolutionären Kräfte" zu besiegeln. Ein von der KP, den FPLFM ("Volksbefreiungskräfte Farabundo Martí") und den FARN ("Bewaffnete Kräfte des nationalen Widerstands") unterzeichnetes Manifest erklärte: "Die Vereinigung der demokratischen und revolutionären Kräfte ist eine dringende Notwendigkeit; sie ist eine unerläßliche Bedingung für die Befreiung des Volkes (...). Die ehrlichen (!) Militärs wollen keinen Zusammenstoß zwischen der Armee und dem be-

waffneten Volk. Wir teilen dieses Gefühl, und wir sind sicher, daß diese Militärs, wegen ihrer Ehrlichkeit und wegen ihres Patriotismus und weil sie ein Teil des Volkes sind, den Platz an unserer Seite einnehmen werden, der ihnen zukommt."

Alles war bereit für die Geburt der FDR ("Revolutionäre Demokratische Front"), die dann am 1. April 1980 stattfand. Alle demokratischen und "revolutionären" Organisationen umfassend, gibt sie sich eine "Programatische Plattform für die revolutionäre demokratische Regierung". Auf internationaler Ebene befürwortet sie, entgegen jeder revolutionären anti-imperialistischen Sicht, "die Solidarität, die friedliche Koexistenz, die Gleichheit der Rechte und die gegenseitige Achtung zwischen den Staaten". Auf politischer Ebene befürwortet sie eine Regierung, die "Vertreter der revolutionären und Volksbewegung, demokratische Parteien, Organisationen, Schichten und Persönlichkeiten" umfassen soll sowie "ehrliehe Mitglieder (ganz offensichtlich ist die "Ehrlichkeit" eine fixe Idee dieser "Revolutionäre") der freien Berufe, den fortschrittlichen Klerus, demokratische Parteien wie die MNR, die fortschrittlichen Teile der Christdemokraten und schließlich die ehrenhaften und ehrlichen Offiziere der Armee, die bereit sind, den Interessen des Volkes zu dienen". Auf militärischer Ebene wird es darum gehen, "die Volksarmee zu verstärken und zu entwickeln, in die sich diejenigen Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere (!) und Führer (!!) der gegenwärtigen Armee eingliedern werden, die ein ehrenhaftes und ehrliches Betragen gezeigt haben" (dieses "ehrliehe Betragen" der Militärhierarchie und der Armeeführer, das sich im Laufe von Jahrzehnten von Massakern an Arbeitern und Bauern und Jahrzehnten der Ausbildung durch den Imperialismus gefestigt hat, kennen die ausgebeuteten Massen El Salvadors sehr gut!).

Das Prachtstück dieser abfallenden Laufbahn des bürgerlichen Radikalismus populistischer und castristischer Prägung war die Ernennung von Guillermo Ungo, dem ehemaligen Minister der ersten Militärjunta und Sekretär der "Ständigen Konferenz der sozialdemokratischen Par-

teien des amerikanischen Kontinents", zum Präsidenten der FDR (2. Januar 1981).

Ein weiterer Beweis für die Unterordnung des Kampfes der ausgebeuteten Arbeiter- und Bauernmassen unter die Forderungen der reformistischen Bourgeoisie wurde mit dem dreitägigen "Streik mit Aufstandscharakter" erbracht, der am 12. August 1980 von der FDR ausgerufen wurde. Die FDR bemühte sich "mit dieser Aktion genau darum, der ausländischen Meinung (d.h. den Vereinigten Staaten und den anderen Ländern Lateinamerikas) die Volksunterstützung zu zeigen, die sie genießt und auf die sie als auf eine Kraft hinweist, die man bei jeder Lösung der Krise El Salvadors berücksichtigen muß" (El País, 15.8.1980). Diese Werbeaktion kostete die Massen mehrere hundert Tote.

o o o

Wie steht es mit der revolutionären Energie der demokratischen Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie im Lichte der Geschichte? Bereits nach der demokratisch-republikanischen Revolution vom Februar 1848 in Frankreich zeigten diese nicht die Kraft, die Welle der bürgerlich-demokratischen Umwälzung in der alten Welt zum Erfolg zu bringen, und ebensowenig, das damalige Bollwerk der Konterrevolution - den russischen Zarenismus - niederzuringen. Aus sich heraus hatten die demokratische Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie nur noch die Kraft, den Aufstand des Pariser Proletariats im Juni 1848 im Blut zu ersticken.

In den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg wurde Lateinamerika von einer Welle nationaler und demokratischer Bewegungen, von einer mehr oder weniger ausgeprägten Welle der bürgerlichen Revolution erschüttert. Deren Zaghaftigkeit und Beschränktheit, der schnelle Rückzug der demokratischen Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie in den platten Reformismus und auf die Ebene der demütigendsten Kompromisse mit dem Imperialismus sind bekannt.

Der Volkskampf in El Salvador ist die verspätete Fortsetzung jener Erschütterungen im mittleren und südlichen Amerika. Der eventuelle Sieg einer demokratischen Verfassung in El Salvador würde nur die To-

tenglocke des inzwischen überlebten anti-imperialistischen bürgerlichen Radikalismus läuten.

Was wäre demnach vom Standpunkt des Proletariats der günstigste Ausgang der gegenwärtigen Kämpfe? Unter den augenblicklichen Bedingungen sähe er so aus, daß die Arbeitermassen und die arme Bauernschaft, die heldenhaft gegen das herrschende Regime gekämpft haben, jeden möglichen Kompromiß zwischen der FDR, der herrschenden Oligarchie und einem Teil der Armee verhindern, die ganzen repressiven und militärischen Strukturen des Staates zerstören und die Enteignung der Grundbesitzer und des Imperialismus erzwingen. Dies würde der bürgerlichen Ordnung auf politischer und sozialer Ebene einen beträchtlichen Schlag versetzen und die Möglichkeit einer Rückkehr zur vorhergehenden politischen und sozialen Lage erschweren, eine Möglichkeit, die umso drohender sein wird, je weniger radikal der Sieg des Volksblocks ist.

Was würde eine revolutionäre Klassenpartei in El Salvador machen? Sie müßte den Kampf des Proletariats und der Bauernmassen, die den Stoßtrupp des gegenwärtigen Krieges ausmachen, mit allen Kräften anstacheln, indem sie an den unmittelbaren Kämpfen gegen die herrschende Klasse, ihren Staat und ihre bewaffneten Banden teilnimmt und sie organisiert. Dabei wäre es unumgänglich, militärische Organe des bewaffneten Selbstschutzes zu bilden sowie eine antimilitaristische Arbeit unter den Soldaten zu leisten. Ihr Ziel? Ein slegereicher Aufstand, die Zerschlagung der bürgerlichen Armee und die Enteignung der Grundbesitzer, der Bourgeoisie und des Imperialismus durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats, welche sich auf die breiten revolutionären Massen der Bauernschaft stützen müßte und ihrerseits eine Etappe der amerikanischen kontinentalen Revolution wäre. Hierfür müßte die revolutionäre Klassenpartei ihre vollkommene politische und organisatorische Unabhängigkeit gegenüber allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften wahren. Sie müßte die Anstrengungen der reformistischen Bour-

Fortsetzung auf S. 4

## Ein Instrument für die Organisation der proletarischen Avantgarde!

Wir begrüßen die Erscheinung der ersten Ausgabe von

# Enternasyonalist Proleter

Enternasyonal Komünist Partisi



Die Veröffentlichung eines Organs, das sich an das türkischsprachige Proletariat - zunächst insbesondere in der westeuropäischen Emigration - richtet, ist Bestandteil eines internationalen und langfristigen Kampfes zur Vorbereitung der proletarischen Revolution durch die Verteidigung und Propaganda der Theorie, des Programms und der Prinzipien des revolutionären Kommunismus und durch die praktische politische Orientierung und internationale Organisation auf dieser Grundlage. ENTERNASYONALIST PROLETER kommen dabei noch besondere Aufgaben zu bei der Herstellung der Klasseneinheit von türkischen und anderen ausländischen wie einheimischen Proletariats in den Einwanderungsländern - schon für die Verteidigung der unmittelbaren Lebensinteressen gegen das Kapital und jede Aus-

serung des Sozialimperialismus und Sozialchauvinismus - und bei der Verwertung des revolutionären Potentials der Arbeiterauswanderung sowohl in diesen Ländern selbst wie auch als Brücke zur Türkei.

Die internationale Bedeutung der Türkei braucht hier nicht eigens wiederholt zu werden. Das Land wird zudem seit Jahren durch eine mächtige soziale Bewegung erschüttert. Besonders kraß stellt sich hier die Notwendigkeit der "Organisation der Proletarier zur Klasse und damit zur politischen Partei" als Voraussetzung für ihre Organisation zur herrschenden Klasse ("Manifest der Kommunistischen Partei"). Und das ist nicht denkbar ohne die Einführung des Marxismus in die Reihen des türkischen Proletariats. Diese Aufgabe ist umso dringender, als sich das Proletariat in der Türkei in den Jahrzehnten der stalinistischen Konterrevolution gebildet und unter der Bezeichnung "Marxismus" nur dessen konterrevolutionäre Entstellung, das Niederknien vor den bürgerlichen Prinzipien und vor den nationalen Bourgeoisien kennengelernt hat. Ohne den Parteikampf, dessen Instrument ENTERNASYONALIST PROLETER sein wird, werden sich die ersten, heute noch verschwindend kleinen Minderheiten nicht kristallisieren können, die diese Aufgabe zu bewältigen haben.

Sie und die kommenden kommunistischen Avantgarden des türkischsprachigen Proletariats werden in ENTERNASYONALIST PROLETER eine Waffe des politischen Kampfes und einen kollektiven Organisator finden, ein Organ, das sich dem Ziel der weltweiten klassenlosen Gesellschaft, dem Programm der Machteroberung und der Diktatur

des internationalen Proletariats, dem Prinzip der Untrennbarkeit von Revolution in der Türkei und kommunistischer Weltrevolution verpflichtet und die besonderen Aufgaben, die sich dem revolutionären Proletariat in der Türkei stellen - die Abschaffung der Unterdrückung der Kurden, die Lösung der Agrarfrage -, als Fragen betrachtet, die allein durch die internationale proletarische Revolution endgültig und revolutionär gelöst werden können.

ENTERNASYONALIST PROLETER  
Nr. 1 März 1981

### Inhalt

- Das Wechselspiel der bürgerlichen Diktatur in der Türkei zwischen Demokratie und Militärherrschaft
- Die Aufgaben des ENTERNASYONALIST PROLETER
- Der Prozeß von Blida (Algerien)
- Folter, Hinrichtungen, Einschüchterung: historische Skizze des bürgerlichen Terrors in der Türkei
- Gegen die kapitalistische Unterdrückung in der Türkei: Welche Solidarität ist notwendig? (Über den Hungerstreik von Dev-Yol)
- Gegen die bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie (Polizei, Armee, Kommandos der extremen Rechten): Notwendigkeit des proletarischen Schutzes der eingewanderten und einheimischen Arbeiter!
- Für die unabhängige Partei der Arbeiterklasse
- Die Position des Marxismus zu den ökonomischen Kämpfen. Lenin über die Streiks
- Ein Parteiflugblatt aus den Niederlanden gegen die Einwanderungskontrolle
- Kapitalismus und Arbeiteremigration
- Iran-Irak: Ein Krieg zwischen Räubern
- Lehren der Arbeiterkämpfe in Polen

### Artikel über die Türkei und gegen die Diskriminierung der ausländischen Arbeiter im Proletariat:

- Bedeutung und Lehren des Militärputsches in der Türkei (Nr. 11, Nov. 80)
- Offensive des Kapitals gegen die ausländischen Arbeiter - Notwendigkeit einer Klassenantwort des gesamten Proletariats (Nr. 9, Juli 80)
- Izmir - Bonn, hin und zurück (Nr. 8, April 80)
- Kapitalismus und Arbeiteremigration (Nr. 7, Februar 80)

# Über eine Losung, die dem Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft im Wege steht

## Fremdbestimmte Selbstbestimmung

Anarchistische Auffassungen beginnen wieder, eine gewisse Anziehungskraft auszuüben. Ob sie sich nun direkt auf die historische Tradition der anarchistischen Bewegung beziehen oder nur mehr oder weniger verschwommen eine ablehnende Haltung gegen den Marxismus und Kommunismus an den Tag bringen: Die jungen Proletarier, die sich - noch als kleine Minderheit - gegen die herrschende Ordnung auflehnen, wollen mit "Partei", "Diktatur des Proletariats bzw. der proletarischen Partei", organisierter und langfristiger Vorbereitung der Revolution, zäher Propaganda- und Organisationsarbeit in Richtung auf die Arbeiterklasse als Träger dieser Revolution und im allgemeinen mit einer deterministischen Auffassung zumeist nichts zu tun haben. Darin spiegelt sich ihre soziale Lage wieder: Es handelt sich um kämpferische "Randgruppen", die bewußt oder unbewußt durch die Tatsache bestimmt werden, daß diese Gesellschaft ihnen nichts mehr, nicht einmal einen ihrer schrecklichen Arbeitsplätze zu bieten hat, daß aber zugleich der Klassenkampf des Proletariats als bestimmendes Moment des gesellschaftlichen Lebens noch fehlt. Sie neigen dazu, ihre Lage zu theorisieren, als "Ausstieg aus der kapitalistischen Gesellschaft" zu begreifen. Ihre Aktionen, die sie in Wirklichkeit zunächst zur nackten Verteidigung unmittelbarer Lebensbedingungen durchzuführen gezwungen sind, sehen sie im Lichte eines Kampfes um "Selbstbestimmung". Und wie seit eh und je im Kampf gegen das Kapital signalisiert diese Parole - was immer Einzelne oder Gruppen darunter verstehen mögen - eine Position der Schwäche gegenüber dem Feind.

Eine solche soziale Lage und vor allem der spontane, d.h. allein aus ihr heraus unternommene Versuch, sie und die durch sie bestimmten Haltungen und Aktionen zu erklären und in einer Perspektive (in diesem Fall leider in einer Kirchturnperspektive) zu sehen, liefern einen fast idealen Boden für die Einflußnahme anarchistischer Ideen von totaler "Freiheit" und "Antiautoritarismus". Und, wie wir Marxisten es schon lange vorausgesagt haben, wird dieser Einfluß zunächst noch zunehmen.

Alle diese Erscheinungen sprechen jedoch auf keinen Fall für die anarchistische "Freiheitsideologie". Sie bestätigen vielmehr erneut die deterministische Auffassung des Marxismus. Was die soziale Lage angeht, so dürfte selbst ein Bourgeois begreifen - wenn auch nicht "akzeptieren" -, daß sie nicht durch den Willen der Einzelnen, nicht durch "freie Selbstbestimmung" zustande kommt, sondern durch die Wirkung blinder sozialer und in letzter Instanz ökonomischer Gesetze. So wird der

Zustand der Arbeitslosigkeit nicht dadurch bestimmt, daß ein Teil des Proletariats aus lauter "Versägen" und "Drückkebergern" besteht, ob man dies nun als etwas positives oder negatives betrachtet. Sie - und ebenso die monstrosen Bedingungen der Arbeitswelt - werden durch die Tatsache bestimmt, daß die Arbeit, der notwendige Austausch zwischen Mensch und Natur, um die Reproduktion der Menschheit zu sichern, unter dem Kapitalismus nicht den Bedürfnissen der Menschheit, sondern den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals gehorcht. Auch die Tatsache, daß sich die Lebensbedingungen der Mehrheit der Weltbevölkerung zunehmend verschlechtern, steht in der gesetzmäßigen Laufbahn des Kapitalismus fest eingeschrieben. Und dazu gehört auch, daß der Kapitalismus, je mehr er sich entwickelt, desto weniger Platz für eine Selbstbestimmung bietet. Er verbreitet die individualistische Ideologie und zermalmt zugleich das Individuum. Beides zusammen erzeugt als Reaktion die Idee und den Wunsch der individuellen Selbstbestimmung, oder, sofern man sich auf die proletarische Klasse bezieht, der Selbstbestimmung des Proletariats. So oder so kann die Selbstbestimmung keineswegs das Programm des revolutionären Kampfes, der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft im Weltmaßstab darstellen. Der Kapitalismus schafft die Bedingungen und die Notwendigkeit einer Revolution, die zur Gesellschaft ohne Warenprodukt und ohne Lohnarbeit, zur klassenlosen Gesellschaft führen wird. In einer klassenlosen Gesellschaft, in der es begrifflich keine Klassen und keinen Klassenkampf zu unterdrücken gibt, gibt es auch keinen Platz für einen Staat, d.h. für das Instrument zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere, für das Instrument, das verhindern soll, daß die Gesellschaft unter dem Klassenkampf auseinandergeht. Wem gegenüber soll sich das Proletariat "selbstbestimmen", wenn es kein Proletariat mehr gibt, welche "Fremdbestimmung" soll es in dieser Gesellschaft abschütteln? Als Programm ist die "Selbstbestimmung des Proletariats" entweder etwas völlig Absurdes oder es entspringt der Unfähigkeit, überhaupt ein revolutionäres Programm zu vertreten. Die Selbstbestimmung könnte in diesem Zusammenhang höchstens "die Forderung einer Sklavenbewegung sein, die verlangen würde: Wir wollen so bleiben, aber selbst entscheiden dürfen, welche Speise wir dem Herrn auf-tischen und welche unserer Töchter wir in sein Bett schicken" (1).

Geht es um die "individuelle Selbstbestimmung" oder um die Selbstbestimmung einzelner Gruppen innerhalb der klassenlosen Gesellschaft, so stellt sich wieder die Frage, welche "Fremdbestimmung"

es hier abzuschütteln gilt. Die der Naturgesetze vielleicht? Dies würde kaum jemand ernsthaft vertreten. Es kann also nur darum gehen, das eigene, individuelle oder Gruppeninteresse demjenigen der Gesellschaft als Ganzes entgegenzustellen, was wiederum eine Gesellschaft voraussetzt, wo die Interessen der Einzelnen im Widerspruch zu den Interessen der Gesamtgesellschaft stehen, d.h. in der die Bedürfnisse der Gesellschaft mehr schlecht als recht dadurch befriedigt werden, daß jeder Einzelne und jede Gruppe seine/ihre eigenen, privaten, egoistischen Interessen verfolgt, und die Übrigen ohne einen extrem totalitären Staat nicht bestehen könnte. Das ist gerade der Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft.

Die "Selbstbestimmungs-Ideologie" kann also weder eine Erklärung für die gesellschaftliche Entwicklung noch das soziale Programm der antikapitalistischen Revolution liefern. Wir haben darauf hingewiesen, daß sie - und in Zusammenhang damit die wachsende Beliebtheit des Anarchismus - eine durch die Situation und vor allem durch die spontane "theoretische Ausarbeitung" dieser Situation bestimmte Erscheinung ist. Es stellt sich aber noch die Frage, warum den Betroffenen eine "spontane", unvermittelte Theorisierung ihrer Lage diktiert wird. Gerade hier liegt der wesentliche Ansatzpunkt für die Übernahme anarchistischer Vorstellungen und Erklärungen.

Tatsächlich hat der Anarchismus die Faszination, die er heute wieder auszuüben beginnt, derselben Ursache zu verdanken, die zugleich junge Proletarier dazu verurteilt, mit ihrer Lage fertig werden zu müssen, ohne an eine revolutionäre Tradition anknüpfen zu können, nämlich der Verneinung der kommunistischen Bewegung und des Marxismus unter den Schlägen des Stalinismus oder genauer der stalinistischen Konterrevolution. Und - als besondere Erscheinung in diesem allgemeinen Rahmen - verdankt er seine Beliebtheit der schmerzlichen und abstoßenden Erfahrung mit den K-Gruppen, den verschiedenen "Parteien", die sich im Zuge der Zersetzung der 68er Bewegung gebildet haben und inzwischen in Schmach und Schande wieder zugrundegegangen sind.

Wie "berechtigt" scheint die anarchistische Kritik am marxistischen "Parteiautoritarismus" und an der Diktatur des Proletariats bzw. der proletarischen Partei, seine Forderung nach "Selbstbestimmung" als Gegensatz zum marxistischen Zentralismus angesichts der Entwicklung in Rußland (2) und angesichts der Entwicklung all dieser Gruppen, die sich auf den Marxismus beriefen! Damit wiederholt sich eine frühere Erscheinung der revolutionären Bewegung gegen das Kapital: Die opportunistische Zersetzung der revolutionären Partei (und entsprechende Folgeerscheinungen) liefert die Grundlage für eine Verbreitung des Anarchismus oder seiner Varianten, für den Einfluß von politischen Auffassungen, welche die Notwendigkeit der Partei und der Diktatur des Proletariats für den Kampf gegen die Bourgeoisie und für die Revolution leugnen und bekämpfen. Damit werden zwei Fragen aufgeworfen.

Erstens (und vorausgesetzt, man meint es ernst und sieht daher die Notwendigkeit einer internationalen sozialen Kraft, um den Kapitalismus zu bekämpfen und niederzuschlagen), ob das Proletariat als revolutionäre Klasse gegen das Kapital vorgehen kann, ohne sich von den anderen Klassen ideologisch, politisch und organisatorisch abzugrenzen, d.h. ohne daß sich die kämpferischsten und erfahrensten Elementen

des Proletariats zusammenschließen, um dem Einfluß und dem Gewicht der Bourgeoisie auf die eigene Klasse entgegenzutreten und die Klassenaktion zu koordinieren? Und: Kann das Proletariat den Widerstand der internationalen Bourgeoisie brechen, ohne selbst über ein Instrument für die politische und soziale Unterdrückung und Zerschlagung dieses Widerstands, also ohne über einen eigenen diktatorischen und zentralisierten Staat zu verfügen? Es geht hier nicht um moralische oder ästhetische Fragen, es geht nicht darum, ob die Partei etwas Gutes oder Böses, etwas Schönes oder Häßliches ist, ob sie entarten und verraten kann, sondern schlicht und einfach, ob die objektiven Gesetze des revolutionären Kampfes die Bildung einer internationalen revolutionären Partei auf klarer programmatischer und fester organisatorischer Grundlage verlangen, um diesen Kampf zu führen. Dasselbe gilt auch für die Diktatur des Proletariats. Die Tatsache, daß die proletarische Partei und Diktatur in Rußland entarteten und - was die Anarchisten nicht berücksichtigen - zerschlagen wurden, kann eine allgemeine historische Notwendigkeit nicht außer Kraft setzen. Im Gegenteil, sie lassen sie nur in ein schärferes Licht treten. Es ist unleugbar, daß die Parteiführung der Revolution in Rußland zum Sieg verhalf, während die Revolution im Westen scheiterte, weil das Proletariat in der Phase der revolutionären Krise nach dem 1. Weltkrieg über keine revolutionäre Partei verfügte. Es ist unleugbar, daß sich die proletarische Macht in Rußland gegen die imperialistische Umzingelung und die innere Reaktion nur dank der härtesten Diktatur der Partei halten konnte. Warum konnte die Konterrevolution schließlich siegen? Weil es die Partei und die Diktatur gab?

Dies kann man wirklich nur behaupten, wenn man durch seinen "Antiautoritätsfilm" den Blick für den internationalen Charakter der proletarischen Revolution versperrt bekommt. Die Revolution ging nicht an der Diktatur des Proletariats zugrunde, sondern daran, daß diese Diktatur auf Rußland beschränkt blieb, daß sie sich nicht international ausdehnen konnte; sie ging nicht an der Partei zugrunde, sondern daran, daß es in den anderen Ländern die Partei nicht gab, welche den Kampf um diese Ausweitung der proletarischen Diktatur erfolgreich geführt hätte.

Gegenüber der Notwendigkeit der Klassenpartei und der durch sie geführten revolutionären Diktatur die Fahne der Selbstbestimmung zu schwenken, bedeutet schlicht und einfach: Verzicht auf die Revolution. Und hinter diesem Verzicht steckt immer das arme Individuum, daß sich seiner Ohnmacht beugt und nicht einmal feststellt, daß es Mord ist, was allenthalben begangen wird, und kein Selbstmord.

(1) Aus: "Die Grundlagen des revolutionären Kommunismus", Texte der IKP Nr. 4, S. 66

(2) Wir können hier auf diesen Punkt nicht näher eingehen und verweisen den interessierten Leser auf unsere folgenden Publikationen:  
- Revolution und Konterrevolution in Rußland, Texte der IKP Nr. 2  
- 1917-1977: Bilanz einer Revolution, Kommunistisches Programm Nr. 15/16  
- Die stalinistische Konterrevolution, Ursprung der imperialistischen Weltmacht UdSSR, in Proletarier Nr. 7, Februar 1980.

Fortsetzung von S. 3

### Der Bürgerkrieg in El Salvador

geoisie und ihrer kleinbürgerlichen Verbündeten, den Kampf der Arbeiter und Bauern in Richtung auf eine konstitutionelle Reform der bürgerlichen Ordnung zu kanalisieren, bekämpfen. Denn je stärker die Bewegung der ausgebeuteten Massen der Führung der demokratischen Bourgeoisie unterworfen ist, umso weniger können die sozialen Strukturen dieser bürgerlichen Ordnung erschüttert werden. Eine solche Unabhängigkeit ist selbst unmittelbar, im Falle eines Sieges der demokratischen Kräfte, unerlässlich, um das bürgerliche Regime zu zwingen, seine politischen und sozialen Versprechen zu halten, ihm die Vereinigungs- und Pressefreiheit und das Streikrecht für die Arbeiterbewegung und die arme Bauernschaft zu entreißen. Dadurch könnte man gegen den kapitalistischen Staat den notwendigen Freiraum für die breiteste Entfaltung des Klassenkampfes erobern, der sich zwangsläufig innerhalb des gegenwärtigen "oppositionellen Blocks" entfesseln wird.

Aber auch wenn diese geschichtliche Perspektive aufgrund des Fehlens der Klassenpartei noch verschlossen ist, stehen wir einer militärischen und durch den Aufstand bewirkten Niederlage der Armee und der herrschenden Oligarchie nicht gleichgültig gegenüber, und wir könnten ihr gegenüber auch gar nicht gleichgültig sein. Im Gegenteil: Wir wünschen sie lebhaft herbei, und zwar aus objektiven Gründen, die nichts mit der Verteidigung demokratischer und nationaler Prinzipien und Programme oder irgendeiner politischen oder organisatorischen Unterstützung der FDR zu tun haben: An erster Stelle

weil selbst der Sieg einer rein konstitutionellen "Revolution" (die den Übergang der Macht aus den Händen der gegenwärtigen Oligarchie in die eines Blocks aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften bedeuten würde) den Weg freimachen würde für die umfassendste Entwicklung des Klassenkampfes und für den Bruch innerhalb des "Volkes". Dann, weil dieser Sieg, genauso wie der des Sandinismus, ein Schritt vorwärts wäre, der den Klassenkampf in Mittelamerika und im übrigen Lateinamerika homogener werden ließe, da die proletarischen und armen Bauernmassen nunmehr einem mehr oder weniger vereinigten Block bürgerlicher Kräfte gegenüberstünden. Und schließlich, weil die Endlaufbahn des Revolutionarismus der OLAS ("Lateinamerikanische Solidaritätsorganisation") und ihre offene Beteiligung am mehr oder weniger reformierten bürgerlichen Staat der materielle Beweis für das gesamte lateinamerikanische Proletariat wäre, daß der Kampf für seine Befreiung vom Kapitalismus nicht durch die nationalen und volksdemokratischen Programme möglich ist, sondern nur durch den Bürgerkrieg innerhalb des "Volkes", das in Wirklichkeit ein unförmiger sozialer Block ist, in dem die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft nur das Kanonenfutter für die bürgerlichen Interessen abgeben. Indem sie die Vergeblichkeit aller bürgerlichen Lösungen für die Krise, in der Lateinamerika und die ganze Welt verstrickt sind, aufzeigt, kann die Niederlage der Oligarchie also erheblich bessere subjektive Bedingungen für den Kampf gegen die herrschende Ordnung und ihre Schandtaten zur Folge haben.

Fortsetzung von S. 1

### Apokalyptische Stimmungen in der Bourgeoisie

kapitalistischen Staat eine grundlegende Änderung des Laufs des kapitalistischen Stroms gebracht, der heute allmählich dem Wasserfall entgegenfließt? Und ist nicht die Zukunftsangst der bürgerlichen Politiker ein Produkt der tatsächlichen Zukunftslosigkeit bürgerlicher Herrschaft und damit jeder bürgerlichen Regierung aufzuzwingen?

Doch versucht die Bourgeoisie zugleich diese Stimmung der Zukunftslosigkeit, diese "Seuche des Pessimismus" dem Proletariat einzutrichter. Sie übt durch ihre Massenmedien einen wahren Terror der Schwarzmalerei aus, mit dem sie Duldsamkeit und einen lähmenden Pessimismus erzeugen möchte, um umso besser wachsende Ausbeutung und Unterdrückung - ihr einziges "Rezept" angesichts zunehmender Krise - schlucken zu lassen.

Zweifelsohne sieht die Zukunft des Kapitalismus schwarz aus. Eine andere Zukunft haben wir Kommunisten der bürgerlichen

Gesellschaft niemals vorhergesagt. Und die Tatsache, daß diese "Zukunft" heute heranbricht, soll für das Proletariat kein Grund zum Pessimismus sein, sondern zum größten Optimismus. Denn was steckt hinter der bürgerlichen Schwarzmalerei, hinter dem Pessimismus und den Unsicherheiten der Bourgeoisie? Die Tatsache, daß es auf der Grundlage des Kapitalismus keine geschichtliche Lösung für die sich auftürmenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme gibt; die Tatsache, daß die Probleme, welche der Kapitalismus selber erzeugt, allein durch die proletarische Revolution und die Abschaffung des Kapitalismus positiv gelöst werden können! Die pessimistische Grundströmung - Kennzeichen einer niedergehenden Klasse - ist ein Anlaß mehr für die revolutionäre Begeisterung, ein Anlaß mehr für den Kampf gegen das Kapital, auf der Ebene des Lohnkampfes wie auf der Ebene des politischen Kampfes und der Bekämpfung der bürgerlichen Ideologie.

# Kapitalismus und Wohnungsfrage

Es ist kennzeichnend für die bürgerliche Gesellschaft, daß sie sich ständig mit der Wohnungsfrage konfrontiert sieht. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in großen Ballungszentren unter schrecklichen Wohnverhältnissen zusammengepfercht. Die kapitalistische Entwicklung konnte sich nicht vollziehen, ohne die Produktivkräfte zu konzentrieren und die früheren Bindungen der Arbeiter an den Grund und Boden zu zerreißen. Der Gegensatz von Stadt und Land verschärft sich unentwärtlich. Industriestädte - in die Breite und in die Höhe wachsende Ungeheuer - werden zum Ort, wo Massen von besitzlosen Menschen Wohnungen suchen, die, wie der Grund und Boden, wie alle Lebens- und Arbeitsmittel, von einer anderen Klasse aus Kapitalisten und Grundbesitzern monopolisiert werden.

Der Kapitalismus erzeugt allerdings nicht allein die Wohnungsmisere. Er erzeugt

auch das ewige Geschleime der reformistischen Rezepte, das so alt ist wie das Problem selbst und dessen einziges Ergebnis die Lähmung des Kampfes zur Verteidigung der Lebensbedingungen ist, vor allem aber des Kampfes, der allein eine Lösung der Wohnungsfrage bringen kann: des revolutionären Kampfes des Proletariats zur Abschaffung des Kapitalismus. Denn in dieser Produktionsweise kann sich die Wohnungsnot im Laufe der Zeit nur verschlechtern. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, einen Blick auf amerikanische Großstädte wie New York oder Detroit zu werfen, die Slums der "Dritten Welt" von heute den europäischen Arbeiterquartieren des vorigen Jahrhunderts gegenüberzustellen oder sich zu fragen, warum viele Zeitgenossen die noch übriggebliebenen Mietskasernen der Jahrhundertwende als wertvollen Lebensraum im Vergleich zu den Wohnsilos am Rande unserer Großstädte betrachten.

## Wie der Marxismus die Wohnungsfrage stellt

Seitdem Engels vor über einem Jahrhundert seine klassischen Schriften "Zur Lage der arbeitenden Klasse in England" (1845) und "Zur Wohnungsfrage" (1872/73) geschrieben hat, ist daher eine neue allgemeine Abrechnung mit dieser Frage nicht notwendig. Und das ist leicht verständlich, denn der Marxismus untersucht die kapitalistische Gesellschaft vom Standpunkt ihrer Entwicklung. Was den revolutionären Marxismus von allen anderen Auffassungen unterscheidet, ist gerade die Methode, alle sozialen Erscheinungen in einer revolutionären Perspektive zu sehen, d.h. im Lichte der Überwindung der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse. Wenn die Kommunisten stets die ersten gewesen sind, die das Elend und die Unterdrückung aufdeckten, welche die kapitalistische Wirklichkeit für die Proletarier und für alle unterdrückten Klassen tagtäglich in wachsendem Maße produziert, so sind sie doch niemals dabei stehen geblieben. Vielmehr haben sie einen Kampf gegen alle Auffassungen geführt, die sich auf solche Enthüllungen beschränken, um letztlich vor der harten Klassenwirklichkeit in die Knie zu gehen und den Proletariern einzureden, sie mögen sich doch - so gut es gerade geht - im Rahmen der bestehenden Verhältnisse einrichten, denn damit wird auf theoretischer wie auf praktischer Ebene nur die Illusion geschürt, das Kapital könne doch eigentlich anders handeln, als es seiner Klassennatur entspricht.

Wie Engels zeigte, ist die Wohnungsnot der Arbeiter und zum Teil anderer Schichten in den Städten - deren allgemeine Ursachen wir oben skizzierten - einer der zahllosen kleineren, sekundären Übelstände, die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen und die nicht eine direkte Folge der Ausbeutung der Arbeiter als Arbeiter durch den Kapitalisten sind. Denn, wenn es darum geht eine Wohnung zu "kaufen" (genauer gesagt, das

Recht zu erwerben, eine bestimmte Wohnung für eine bestimmte Zeit zu nutzen), tritt der Arbeiter wie jedes andere Mitglied der warenproduzierenden Gesellschaft als Warenbesitzer, nämlich als Besitzer von Geld (Lohn) auf.

Die Wohnung ist also eine Ware, und ihre Produktion unterliegt den allgemeinen Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft, in der die Produktion eine Produktion für die Produktion, eine Produktion für den Profit und nicht für die Erfüllung von Bedürfnissen ist. Worauf es dem in Grund und Boden und im Wohnungsbau investierenden Kapitalisten (und jedem anderen) ankommt, ist die berühmte Rendite, d.h. in diesem Fall die Grundrente und der Profit, die er in Form von Mietzins erhält.

Doch stößt die Bourgeoisie auf ein unlösbares Problem, wenn es der Arbeiter ist, der als Nachfrager einer Wohnung auftritt. In der Tat muß der Arbeiter die Miete von seinem Lohn zahlen, d.h. die Mietkosten bilden einen Teil der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft. Die Bourgeoisie ist bestrebt, diese Reproduktionskosten zugunsten des Profits niedrig zu halten. Die Arbeiter bilden also im allgemeinen und vor allem in Krisensituationen, wo das Kapital ihre Löhne angreift, keine zahlungskräftige Nachfrage. Ohne hohe Renditen wird aber das Kapital nicht im Bau von Arbeiterwohnungen investiert, bzw. es wandert von diesem Sektor ab. Akute Wohnungsnot bedeutet aber akute Nachfrage nach Wohnungen und damit Verschlechterung der Wohnbedingungen und höhere Mieten.

Die Lösung der Wohnungsfrage auf der Grundlage des Kapitalismus bildet dabei die allmähliche ökonomische Angleichung von Angebot und Nachfrage, eine Lösung, die die Frage selbst immer wieder von neuem erzeugt, also keine Lösung ist. Daraus ergibt sich:

Welt" gehören - nicht erreicht wurde, wird im "Frieden" per Planierdrape und Fallbirne durchgesetzt. Ganze Stadtviertel werden dem Boden gleichgemacht, um der Profitrate genüge zu tun.

"Das Resultat" - schreibt Engels - "ist überall dasselbe, mag der Anlaß noch so verschieden sein: die skandalösen Gassen und Gäßchen verschwinden unter großer Selbstverherrlichung der Bourgeoisie von wegen dieses ungeheuren Erfolges, aber - sie entstehen anderswo sofort wieder und oft in unmittelbarer Nachbarschaft (...). Die Brutstätten der Seuchen, die infamsten Höhlen und Löcher, worin die kapitalistische Produktionsweise unsere Arbeiter Nacht für Nacht einsperrt, sie werden nicht beseitigt, sie werden nur - VERLEGT! Dieselbe ökonomische Notwendigkeit, die sie am ersten Ort erzeugte, erzeugt sie auch am zweiten. (...) Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind; denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen."

Betonwüsten und endlose Slums auf der einen Seite, Luxus- und Renommierpaläste aus Stahl und Glas, Villenviertel auf der anderen Seite - das ist nur die plastische Widerspiegelung der schreienden sozialen Gegensätze, die der Kapitalismus im wachsenden Maße produziert.

## Der Zusammenbruch des Reformismus

So entsteht eine akute Wohnungsnot mit sozialen Folgen auf mehreren Ebenen. Diese erschweren und bedrohen das Funktionieren des kapitalistischen Systems. Die Bourgeoisie sieht sich gezwungen, zentral einzugreifen, um eine vorübergehende "Linderung" der Lage herbeizuführen.

Hier greift der Reformismus ein. Der Reformist klebt an den kapitalistischen Verhältnissen und kann diese nicht überwinden. Er erklärt die sozialen Erscheinungen nicht auf der Grundlage der Analyse der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten, sondern betrachtet sie mit der Brille des Rechts und der Moral. Den Kapitalisten wird mangelnde soziale Verantwortung vorgeworfen, weil sie - ganz im Einklang mit den Geboten der bestehenden Gesellschaftsordnung - Mietwucher und Spekulation betreiben. Er schreit nach dem Staat, dessen Eingriff billige Mieten, den Bau billiger Wohnungen, die Verwandlung der Arbeiter in Wohnungseigentümer, die Mieter-Selbsthilfe bei der Nutzbarmachung von verkommenen oder nicht als Wohnung gebauten Objekten ermöglichen soll. Da der Staat aber nichts anderes ist als der Vertreter und Vollstrecker der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Interessen des Gesamtkapitals, kann sein Eingriff nur darin bestehen, daß er versucht, die Mehrwertrate (die Ausbeutungsrate) zu begünstigen oder insbesondere die Rentabilität des Wohnungsbaus aufzubessern. Dadurch erfolgt nur eine Reform... des Notstands, der später oder in anderer Form noch schärfer ausbricht.

Sieht sich der Staat in einer extremen Situation - z.B. nach dem 2. Weltkrieg - gezwungen, die Mieten einzufrieren, um die Reproduktionskosten niedrig zu halten, so werden die Hauseigentümer in Erwartung besserer Zeiten und künftiger Spekulationschancen die bestehenden Häuser verkommen lassen, und es werden zuwenig neue Mietwohnungen gebaut. Diese chronische Misere charakterisiert u.a. den ganzen Ostblock: Sind die Mieten niedrig, so investiert auch das staatliche Kapital nur das Allernotwendigste im unrentablen Wohnungsbau.

Sollen dennoch bezahlbare Mietwohnungen gebaut werden, so muß der Staat die Zinsen und Profite subventionieren. Darauf läuft das Rezept des "sozialen Wohnungs-

baus" hinaus, der für die Kapitalistenklasse unbestreitbar sozial ist. Wird aber auf dem Wohnungsmarkt nach der "Wiederaufbauphase" ein gewisses Gleichgewicht erreicht, so erlahmt der soziale Wohnungsbau zugunsten des Baus von Luxuswohnungen, um schließlich in den allgemeinen Wirtschaftskrisen völlig zusammenzubrechen. Die Mieten müssen wieder kräftig steigen, damit ... "billige Wohnungen" gebaut werden. Und diese Mietsteigerungen bedeuten auch einen zusätzlichen Druck auf die Reallohne, die von allen Seiten angegriffen werden.

Mit dem ewigen bürgerlich-reformistischen Traum vom Eigenheim, von den Ketten des Eigentums an den Fäusten des Proletariats, hat die Wirklichkeit selbst abgerechnet. Davon wird seit über einem Jahrhundert gefaselt und dennoch wird diese Gesellschaft nach wie vor von einer immer akuterer Wohnungsfrage erschüttert. Wo sich dieser Alptraum verwirklichen ließ, wird der Proletarier in jeder Beziehung zum Sklaven seines Besitzes, ökonomisch und politisch eingeschüchtert durch die Last seiner Verschuldung. Selbst wenn die Arbeiter voll in den Besitz ihrer Wohnungen gelangen, ging und geht es ihnen deshalb nicht besser, denn, wie Engels erklärte, gehen zwar in diesem Fall Unkosten für Wohnung nicht mehr in den Wert der Arbeitskraft ein:

"Der Arbeitslohn würde also durchschnittlich um den ersparten Durchschnittsmietbetrag fallen, d.h. der Arbeiter würde die Miete für sein eigenes Haus zahlen, aber nicht, wie früher, in Geld an den Hausbesitzer, sondern in unbezahlter Arbeit an den Fabrikanten, für den er arbeitet. Auf diese Weise würden die im Häuschen angelegten Ersparnisse des Arbeiters allerdings gewissermaßen zu Kapital, aber Kapital nicht für ihn, sondern für den ihn beschäftigenden Kapitalisten."

Nicht besser sieht es aus mit den reformistischen Versuchen, mithilfe staatlicher Subventionen einerseits und Investitionen von Material und Arbeit durch den Mieter selbst andererseits, der Wohnungsmisere beizukommen. Denn hierbei handelt es sich offenbar nur um eine Variante des Konzepts vom Eigenbau, nämlich darum, auf Kosten (und dies im doppelten Sinne des Wortes) des Wohnungsbedürfnisses selbst "Linderung" zu schaffen.

## Wohnungsfrage und revolutionärer Kampf

In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsmisere mit allen ihren Folgen eine notwendige Erscheinung, die nur beseitigt werden kann, "wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund auf umgewälzt wird". Diese grundlegende Umwälzung ist die proletarische Revolution, die die Wohnungsfrage langfristig nicht durch eine Verbesserung der unter dem Kapitalismus herrschenden Wohnbedingungen lösen wird, sondern durch die Abschaffung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, durch eine grundlegend andere Aufteilung der Bevölkerung auf der Erdoberfläche. Die Zellen, die man heute Wohnungen nennt, werden überhaupt verschwinden. Das Proletariat wird aber nach der Machtergreifung zunächst mit der vom

Kapitalismus geerbten Wohnungsnot fertig werden müssen. Die unmittelbaren Maßnahmen nach der Machtergreifung werden daher nicht allein einen sofortigen Baustopp für die Ballungszentren beinhalten, sondern auch die Besetzung und Beschlagnahme aller durch die Bourgeoisie monopolisierten öffentlichen Gebäude (denn das Proletariat braucht nicht allein Wohnungen, sondern auch Räumlichkeiten und Anlagen, um ein soziales und politisches Leben voll entfalten zu können) und des schon lange mehr als ausreichend vorhandenen, für Luxuszwecke verschwendeten und aus Spekulationsgründen leerstehenden Wohnraums. Die Abschaffung der Wohnungsnot ist nur durch die Machteroberung seitens des Proletariats denkbar.

## Wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage praktisch löst

"In Wirklichkeit hat die Bourgeoisie nur eine Methode, die Wohnungsfrage in IHRER Art zu lösen - d.h. sie so zu lösen, daß die Lösung die Frage immer wieder von neuem erzeugt. Diese Methode heißt: HAUSMANN" (Pariser Architekt des letzten Jahrhunderts). Was Engels "Hausmann" nannte, nennt sich heute "Kahlschlagsanierung": öffentliche Gebäude, Banken, Verwaltungen, Kaufhäuser, Schnellstraßen dehnen sich vom Zentrum zur Peripherie, also über die ehemaligen Wohnviertel der Arbeiter wie der Bürger aus, geben Grund und Boden einen künstlichen, kolossal steigenden Wert und erzwingen die Zerstörung der hierdurch unrentabel gewordenen, den Anforderungen nicht mehr entsprechenden Gebäude.

In Paris, London, Manchester, Liverpool, in Berlin und Wien fand - wie Engels beschreibt - diese kennzeichnende kapitalistische Praxis ihre erste Anwendung, um dann in den USA und der übrigen Welt den vollen Durchbruch zu erzielen. Und was später im Krieg mittels Flächenbombardements - die heute nach wie vor mit zur Praxis der Slum-Räumung in der "Dritten

ooo

Presserechtlich verantwortlich und Kontaktadresse:

Gert Eichhorn  
Postfach 301 730  
D-1000 Berlin 301

Druck: Movimento, Berlin

## Der Wohnungskampf

Wie sehen die Hausbesetzungen im Lichte dieser Perspektive aus? Sie, wie jede kollektive Bewegung zur Senkung der Mieten usw. sind eine notwendige Maßnahme zur Verteidigung der unmittelbaren Lebensbedingungen. Obwohl die Besetzerbewegung sich heute noch vorwiegend auf Randschichten beschränkt - wie überhaupt die Wohnungsfrage eine Frage ist, die nicht allein das reine Proletariat betrifft - zeigt sie die Methode, die als einzige tatsächlich in der Lage ist, einen Druck auf das Kapital auszuüben, weil man nur durch sie an Wohnungen überhaupt rankommt und sich Wohnungen zu weniger teuren Mieten verschafft, wozu auch Bewegungen zur Mietverweigerung und Mietsenkung beitragen können und werden. Allein durch einen direkten Kampf kann man unter dem Kapitalismus Linderung schaffen.

Doch hier gilt - und zwar noch mehr als beim Lohnkampf - die Tatsache, daß für uns Kommunisten nicht allein der unmittelbare Erfolg, der auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise immer wieder in Frage gestellt wird, zählt. Das zentrale Problem eines jeden unmittelbaren Kampfes besteht auch in der Ent-

stehung von klassenmäßigen Verteidigungsorganisationen, die eine wachsende Erfahrung gewinnen und ihren Einfluß im täglichen Kleinkrieg gegen den Klassenfeind ausbreiten. Mit anderen Worten geht es bei den Kämpfen darum, an der Organisation der Klasse auf dem Boden der Verteidigung jedes errungenen Vorteils zu arbeiten. Dies gilt insbesondere für Hausbesetzungen, die sich unmittelbar der staatlichen Repression gegenübersehen und einer Selbstschutzorganisation bedürfen. Ganz abgesehen von der nicht weniger entscheidenden Notwendigkeit, auch Verhandlungen zentral zu führen. Ohne Zentralisation kann man den günstigen, bzw. geeigneten Zeitpunkt nicht ausnutzen. Man braucht sie, um den Druck der ganzen Bewegung auf jeden einzelnen Hausbesitzer und den Staat ausüben zu können sowie um einen schwächenden Zerfall infolge von Einzelverhandlungen, die von den jeweiligen Häusern unabhängig von den Bedürfnissen der Gesamtbewegung geführt würden, zu vermeiden.

Eine solche Organisation kann als Kampforganisation nur gefestigt werden, wenn es gelingt, den Einfluß der reformisti-

Fortsetzung auf S. 6

# Verheerendes Reinwaschen der deutschen Bourgeoisie

Stellen sich die Gruppen maoistischen Ursprungs à la Nachfolgeorganisationen des KBW zunehmend die Frage, ob die Bundesrepublik überhaupt imperialistisch sei, und bereiten sie sich auf die nationale Solidarität im Falle eines neuen Weltkrieges eifrig vor, so bergen die Positionen vieler kämpferischen Elemente, die an die theoretischen Auffassungen z.B. der RAF anzuknüpfen versuchen, tendenziell nicht weniger Gefahren in sich.

Hierbei haben wir mit Theorisierungen zu tun, welche die Bundesrepublik und das deutsche Kapital als reinen Büttel des US-Imperialismus hinstellen. Jede repressive Handlung der deutschen Bourgeoisie, all ihre Schandtaten im Inland wie international bis hin zur Räumung von besetzten Häusern werden in letzter Instanz mit dem Druck des US-Imperialismus erklärt. Nun sind die USA tatsächlich der Grundpfeiler der imperialistischen Weltordnung, und dies gilt für die ganze Welt, den Ostblock eingeschlossen. Es ist auch unverkennbar, daß Deutschland seit dem Ausgang des 2. Weltkriegs nicht mehr zu den Supermächten im Weltmaßstab gehört.

Daraus darf man keineswegs ableiten, daß die deutsche Bourgeoisie in erster Linie keine eigenen, nationalen und imperialistischen Interessen vertreten würde oder daß sie diese Interessen unter allen Umständen nur an der Seite und unter dem Schutz der USA vertreten könnte. Im Gegenteil, je mehr die Bundesrepublik wieder zum "Wirtschaftsriesen" wurde, desto mehr geriet und gerät sie auf Wirtschaftsebene in Widerspruch zu den USA, deren Konkurrenz sie mit allen Folgen in der Sphäre des Handels-, Finanz- und Währungskrieges ist. Dabei haben wir mit Fakten zu tun, die seit Beginn der 70er Jahre in den Zeitungen täglich zu verfolgen sind. Die beherrschende Rolle der USA entschärft diesen Widerspruch nicht, sondern führt nur noch dazu, daß zunehmend politische Widersprüche entstehen und sich verhärten.

Doch bevor wir auf diese Seite der Frage eingehen, wollen wir anhand des ökonomischen Druckes der USA auf das deutsche Kapital die Frage der "Interessen" der deutschen Bourgeoisie kurz betrachten. Wenn der ökonomische Druck der USA die Konkurrenzlage der deutschen Wirtschaft verschlechtert, so wird die deutsche Bourgeoisie die Lebensbedingungen des Proletariats in Deutschland angreifen. Sie wird dies aber nicht tun, weil sie einen "Befehl" des US-Imperialismus erhielt, oder weil sie die "Interessen des US-Imperialismus" vertritt, sondern im eigenen Interesse, um sich auch und nicht zuletzt gegen die USA auf dem Weltmarkt behaupten zu können. Man stelle sich die verheerenden Folgen einer Politik vor, welche die deutsche Bourgeoisie als Büttel des US-Imperialismus hinstellt. Eine solche Politik kann nur von Kräften verfochten werden, die entweder offen sozialimperialistisch sind (dies ist z.B. in Frankreich für die KPF der Fall und stellt bezüglich der allgemeinen politischen Interessen eine Grundströmung in der SPD-Linken wie links von der SPD dar), oder die früher oder später zum Sozialimperialismus getrieben werden, weil sie nicht den grundlegenden Klassengegensatz zum Ausgangspunkt ihrer "Theorien" machen, sondern stattdessen einen Aspekt des internationalen Kräfteverhältnisses zwischen den bürgerlichen Staaten verabsolutieren. Dies ist bei der RAF und bei vielen anderen Leuten der Fall. Man meint, die deutsche Bourgeoisie nicht besser entlarven zu können als dadurch, daß man sie als Handlanger des US-Imperialismus hinstellt. Man erreicht aber genau das Gegenteil: Man wäscht sie in den Augen des Proletariats rein, man trägt nicht zum Bruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie bei und, wenn man eine Kraft darstellt, hilft man, das Proletariat gegenüber der eigenen Bourgeoisie zu lähmen.

Nun, der US-Imperialismus hat zusammen mit den anderen Siegermächten des 2. Weltkrieges die imperialistischen Interessen der deutschen Bourgeoisie geknebelt. Er hat aber in der Folge diese Interessen auf der Grundlage eines Kompromisses und Bündnisses geschützt, sei es im Hinblick auf die riesigen deutschen Investitionen in der dritten Welt, sei es als Rückenbedeckung für den erfolgreichen "Drang nach Osten". Inzwischen ist die kapitalistische Welt, wie wir mehrmals gezeigt haben, in die Phase der Vorbereitung eines neuen allgemeinen imperialistischen Krieges getreten, dessen Hauptkontrahenten die USA und die UdSSR sind. Das Resultat der ganzen ökonomischen und politischen Entwicklung der vorhergehenden Periode war aber keineswegs, daß die BRD

unumkehrbar zum dienenden Verbündeten der USA geworden wäre. Abgesehen von der "Wiedervereinigungsfrage" hat sie auch andere handfeste Interessen, die sich an der Seite der Sowjetunion - und zunächst auf keinen Fall in Konfrontation zur SU - verteidigen lassen. Hieraus erwächst eine Politik der Balance zwischen beiden Blöcken, der die USA (und auf der anderen Seite die SU) mit zunehmendem Druck antworten, um die Verbündeten fester an sich zu binden bzw. um neue Verbündete zu gewinnen.

Bewertet man die bürgerlichen Staaten ausgehend von ihrer Haltung zu den USA, so kann man bei Ausbruch des Krieges im Endeffekt nur alle Staaten freisprechen, die sich eindeutig gegen die USA stellen. Die politische Konsequenz angesichts einer zögernden Haltung der BRD und ihres denkbaren Bündniswechsels ist die Entwaffnung des deutschen Proletariats im imperialistischen Kriege, dem es als Kanonenfutter ausgeliefert wird, weil die deutsche Bourgeoisie infolge ihrer imperialistischen Interessen nicht mehr mit den USA zu Felde zieht. Es wiederholt sich dasselbe, was wir auf ökonomischer Ebene dargelegt haben: Man trägt nicht zum Bruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie bei, sondern tut das genaue Gegenteil, man lähmt es gegenüber der eigenen Bourgeoisie. Und dann kommt man und spricht dem Proletariat die revolutionäre Rolle und Fähigkeit ab oder zeigt sich enttäuscht, weil die Arbeiter nicht gegen den Kapitalistenstaat kämpfen. Man täte besser, sich zu fragen, warum dem so ist. Würde man dieser Frage ernsthaft nachgehen, so würde man feststellen, daß die in den Metropolen noch herrschende konterrevolutionäre Lage gerade eine Folge der Politik ist, einen imperialistischen Staat oder Block für gefährlich oder überhaupt für imperialistisch und aggressiv zu erklären, um das Proletariat vor den Karren des anderen Blocks, der imperialistischen Interessen der anderen Staaten zu spannen. Und das Ergebnis dieser Politik war nicht allein, daß das Proletariat als revolutionäre Klasse für Jahrzehnte zerstört wurde, sondern auch - Ironie der Geschichte - die Stärkung des US-Imperialismus zur monströsen Macht, die er heute darstellt.

Aber würde man solchen Fragen ernsthaft nachgehen, so würde man auch fragen müssen, ob man was tut, damit sich die Tragödie nicht wiederholt, damit das Proletariat wieder als Klasse auftritt, um die imperialistische Weltordnung zerstören zu können.

Fortsetzung von S. 5

## Kapitalismus und Wohnungsfrage

schen Kräfte - die sich auf den kleinbürgerlichen, sog. alternativen Flügel zu stützen versuchen - zurückzuhalten, d.h. wenn man die Illusionen bzgl. der bürgerlichen Reformpläne und jeder Zusammenarbeit mit dem Staat und mit den staatstragenden Organisationen wirksam bekämpft. Dieser "rechte" Opportunismus kann in den Besetzerorganisationen nicht nur und nicht so sehr durch eine Entlarvung seiner allgemeinen politischen Positionen bekämpft werden, sondern vielmehr durch die Entlarvung seiner defätistischen Funktion, die sich aus konkreten Anlässen ergibt, z.B. angesichts der Frage der Repression.

Die Zentralisation ist kein Wert an sich. Eine Zentralisation in den Händen von politischen Kräften, die eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und ihrem Staat anpeilen, würde die Bewegung enorm zurückwerfen. Sie würde zur wachsenden Repression gegen den kämpferischsten Flügel und infolgedessen zur Schwächung der gesamten Bewegung führen. Und wenn die Bourgeoisie weiß, daß sie mit zahmen, "einsichtigen" Verhandlungs-"Partnern" zu tun hat, dann ist es hundertprozentig sicher, daß sie nur Scheinzugeständnisse macht, daß sie nicht nachgibt, sondern höchstens versucht, einen Teil der Hausbesetzer auszunutzen, um einige Vorzeigeprojekte entstehen zu lassen und das eigene reformistische Image aufzupolieren.

Es gibt aber eine einzige Alternative zur zentralisierten Organisation in den Händen der staatshörigen Kräfte, nämlich die Organisierung und Zentralisierung durch die kämpferischen Elemente. Die spontaneistischen Positionen vieler solcher Elemente, die aus dem Wohnungskampf unmittelbar eine Änderung der bestehenden Kräfteverhältnisse und der Gesellschaft überhaupt erwarten und diesen Kampf im Lichte dieser Perspektive theoretisieren, hindern diese Elemente daran,

Fortsetzung von S. 1

## Polizeiterror und Klassenjustiz werden den Ausbruch des Klassenkampfes nicht verhindern!

von einer Arbeiterklasse umgeben, die noch unter der strikten Kontrolle konterrevolutionärer Kräfte sich befindet. Ihre Grenzen liegen gerade darin, diesen engen Horizont noch nicht überwinden zu können, um sich auf eine Klassengrundlage - d.h. auf die Grundlage einer Klassentradition des organisierten Kampfes gegen die Bourgeoisie - zu stellen und das kämpferische Potential des Proletariats zu erkennen und sich darauf auszurichten.

Dieselben Probleme wiederholen sich schließlich bei jenen politischen Gruppen, die sich die Aufgabe stellen, organisiert für die Solidarität mit den politischen Gefangenen zu arbeiten. Sie sind noch nicht in der Lage, eine sektiererische und oft sehr beschränkte Auffassung zu überwinden, um die harte und langfristige Arbeit für die Sensibilisierung und Einbeziehung des Proletariats in Angriff zu nehmen. Sie sehen ihre Verantwortung gegenüber den politischen Gefangenen, nicht aber gegenüber dem Proletariat, ja nicht einmal gegenüber den kämpferischen Elementen, die sie zeitweilig durchaus mobilisieren können. Eine Folge davon ist die Schwierigkeit, nicht allein die Aktionen in Gärungsmomenten zu sehen, sondern auch die Notwendigkeit der Vorbereitung eines geordneten Rückzuges, um Demoralisierung (auch der Gefangenen) zu vermeiden und um auf einer besseren Grundlage wieder vorstoßen zu können.

Aus alledem ergibt sich die Stoßrichtung, in die man arbeiten muß. Es gilt, immer

wieder eine Klassenperspektive hineinzu- bringen, die es ja nicht geben kann, wenn man nicht in Richtung auf die Klasse arbeitet. Eine solche Perspektive verlangt auch, daß man die kämpferischen Elemente stärkt, sie anspricht und ihnen zur Seite steht, wenn sie mit den Füßen in die richtige Richtung marschieren und dabei durch ihren Kopf, durch den Ballast, den die Bourgeoisie eingetrichtert hat, behindert werden. Die materielle Stärkung eines kämpferischen Flügels liefert die Grundlage für die ideologische Klärung, die ihrerseits zurückwirkt und einen Faktor weiterer Stärkung darstellt.

Es ist unvermeidlich, daß die Bourgeoisie durch ihre Repressionswelle zunächst Erfolge erzielt. Es sind aber vorübergehende Erfolge. Als die Bourgeoisie vor einigen Jahren ihre Hetze gegen die RAF entfesselte und die Terroristen unerbittlich verfolgte und hinzurichten begann, schrieben wir, es handelte sich dabei nicht zuletzt um vorbeugende Gewalt gegen den proletarischen Klassenkampf, dessen kollektive und massenhafte Angriffe auf die bürgerliche Ordnung die RAF, wenn nicht subjektiv, so doch als objektive Erscheinung ankündigte. Seitdem hat die bürgerliche Repression nicht minder als die repressive Vorbereitung der Bourgeoisie weiter zugenommen. Sie konnte aber nicht den Ausbruch von Unmut und Auflehnung, sie konnte nicht die Entstehung von sozialen Bewegungen verhindern. Mehr noch, die Tatsache, daß die Bourgeoisie sich gezwungen sieht, auf die sich aufstürmenden sozialen Probleme durch immer breitere Repression und immer düftigere "Reformen" zu antworten, diese Tatsache selbst schafft eine Atmosphäre, in der es politisch knistert. Jeder Tag bringt seine kleine Erschütterung, bringt einen neuen Riß in der ehemals ordentlichen Welt der Bundesrepublik wie auch der anderen Länder, lauter Weckrufe, die vor dem Hintergrund der sich verschlechternden ökonomischen Bedingungen das Proletariat vom allzu langen Schlaf aufrütteln werden.

"In Vergleich zu den bevorstehenden Unruhen seien die Hausbesetzungen nur ein harmloses Vorspiel", erklärte im März dieses Jahres Heiner Geißler, "Sozialexperte" der CDU. Und zu den Erscheinungen einer kämpferischen Haltung auf Demos, zu den "schwarz verumteten Figuren", zu den "kleinen Gruppen, die Polizisten überfallen" schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung - dieses konservative Sprachrohr der Bourgeoisie - in einem Leitartikel vom 3. Februar, sie "bezeugen die Ansätze zu einem neuen und gewalttätigen Proletariat".

Die Bourgeoisie sieht sich gezwungen, lauter ungewollte Beiträge zur Beschleunigung dieser Entwicklung zu liefern. Wir müssen unsererseits unseren gewollten Beitrag für ihren revolutionären Ausgang leisten.

\*\*\*

## DIE KOMMUNISTEN ZUR PROLETARISCHEN JUGEND

"2. Wenn die Lage der erwachsenen Arbeiter unter der Herrschaft des Kapitalismus eine überaus schwere ist, so ist die der Jugendlichen unerträglich. Geringer Arbeitslohn, lange Arbeitszeit, barbarische Behandlung durch den Unternehmer und Meister kennzeichnen die Lage der jugendlichen Arbeiter. Und noch schlimmer ist es beim Handwerk, wo die Lehrlinge der Gewalt ihrer Meister vollkommen preisgegeben sind. Diese schrankenlose Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter hemmt ihre geistige und körperliche Entwicklung. Der bürgerliche Staat vermittelt der arbeitenden Jugend nur so viel Bildung und Wissen, als notwendig ist, um sie als willige und nützliche Arbeitstiere ausbeuten zu können. Die Bourgeoisie hat das Bestreben, die Jugend in ihren Ideenkreis zu bannen. Die Schule, klerikale und bürgerliche Jugendvereine und die Militarisierung haben den Zweck, die proletarische Jugend dem Kampf um den Sozialismus zu entfremden und sie zu ergebenen Soldaten des Imperialismus zu erziehen. Der Weltkrieg hat die Lage der Jugendlichen noch bedeutend verschlechtert. Millionen von ihnen sind als Kanonenfutter an die Front geschickt, neue Millionen in die kapitalistische Produktion hineingetrieben worden.

Obwohl der Staat und das Unternehmertum die Kräfte der Jugend restlos ausnutzen, besitzt diese die wenigsten politischen und persönlichen Rechte. Diese ihre Lage zwingt die Arbeiterjugend, als Teil der Arbeiterklasse zum rücksichtslosen Kampf gegen den Imperialismus." (aus dem Programm der Kommunistischen Jugendinternationale, 1921)

INTERNATIONALE PRESSE DER IKP

**programme communiste**

EL PROGRAMA COMUNISTA

COMMUNIST PROGRAM

**le prolétaire**  
il programma comunista

**el-oumami**

(Proletarios de todos los países, unidos)

**El Comunista**  
EL PROLETARIO

Kommunistikó Programma

## Spendenaufufr!

FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER GEFANGENEN  
VON BLIDA

Geldspenden können auf folgendes Postscheckkonto unter dem Stichwort "SOLIDARITÄT ALGERIEN" überwiesen werden:

Gert Eichhorn - edition programm  
Postscheckkonto 9635-107, Berlin-W.

# Die Lüge des »realen Sozialismus«

Die hervorragenden Kämpfe des polnischen Proletariats von 1956, 1970, 1976 und seit dem Sommer 1980 beweisen in der Praxis eine These, die unsere Partei in der Theorie seit nunmehr 50 Jahren verteidigt: *Die Länder des Ostens sind nicht im geringsten sozialistisch; ökonomisch sind sie bestenfalls - wenn man von beachtlichen vorkapitalistischen Rückständen absieht - rein kapitalistisch; politisch haben sie keinen proletarischen Charakter, sondern sind rein bürgerlich.*

Besser als lange Reden beweisen diese sich dauernd wiederholenden Revolten, daß die polnischen Arbeiter eine grausame Ausbeutung ertragen müssen. Und die Tatsache, daß sie immer häufiger wiederkehren, zeigt, daß diese Ausbeutung nicht mehr allein einer Phase rascher Industrialisierung entspringt, sondern verschärft wird infolge der Verengung und Spannungen des Weltmarktes, mit dem Polen wie die anderen Ostblockländer immer weiter verstrickt ist.

o o

Besser als die theoretische Analyse der Lohnarbeit und des Marktes zeigt die Tendenz "ihrer" Wirtschaft und "ihrer" Fabriken, ihren Lebensstandard zu senken und gleichzeitig die Arbeitshetze zu steigern, den polnischen Arbeitern wie ihren Brüdern auf der ganzen Welt in der Praxis, daß diese Wirtschaft und diese Unternehmen kapitalistisch sind. Sie werden durch dieselben Gesetze gelenkt, sie sind den gleichen Zwängen unterworfen und suchen dieselben Lösungen wie alle kapitalistischen Unternehmen und jede kapitalistische Wirtschaft.

Und in einer weltweiten Situation, in der sich alle Gegensätze und Konflikte vertiefen, singt die polnische Bourgeoisie ihren Arbeitern das gleiche Lied, daß man überall aus dem Munde der Bourgeoisie hört: sie ruft zur nationalen Einheit, zur Verteidigung der nationalen Wirtschaft und der nationalen Interessen auf. Im Übrigen ist sie in einer Situation der verschärften Konkurrenz und der drohenden Krise unfähig, den Arbeitern wirkliche und dauerhafte materielle Vorteile zu gewähren: sie bietet ihnen Messen statt Fleisch, katholische Messen oder.. demokratische Messen.

Besser als unsere Propaganda zeigt die Wirklichkeit selbst den polnischen Arbeitern, daß "ihr" Staat nicht ihr Staat ist, sondern das Instrument ihrer Ausbeutung und Unterdrückung, d.h. ein bürgerlicher Staat.

Seit dem Ende des zweiten imperialistischen Weltkriegs haben wir gezeigt, daß der Mythos des russischen "Sozialismus" ein gewaltiges Hindernis für die Wiederentstehung der internationalen Klassenbewegung darstellt. Wenn dieser Mythos auch in den Augen der Proletarier des Westens und der "Dritten Welt" entschieden an Glanz verloren hat, so ist er dennoch nicht verschwunden. Und in den Ländern des Ostblocks behält er eine schreckliche Wirkungskraft. Einerseits identifizieren die Arbeiter die kapitalistische Wirklichkeit, die sie ertragen müssen, mit dem "Sozialismus" und haben daher keine einzige Perspektive der Befreiung mehr. Andererseits trägt dieser Mythos immer wieder und trotzdem dazu bei, die Einheit der Klassen wiederherzustellen, die durch den Ausbruch der sozialen Gegensätze zerbrochen war; er trägt dazu bei, die Arbeiter von neuem an die Interessen "ihrer" Fabrik und "ihres" Staates zu ketten.

Es ist umso notwendiger, die Lüge, alle Lügen des "realen Sozialismus" unaufhörlich zu bekämpfen. Hier erinnern wir nur an einige Ergebnisse zahlreicher Arbeiten, die unsere Partei dieser Frage gewidmet hat.

Will man verstehen, was Sozialismus ist, so muß man wissen, was Kapitalismus ist. Dies könnte banal erscheinen, ist es aber durchaus nicht, denn alle Welt beschäftigt sich damit, diese Frage zu verwirren. Für den Marxismus ist der Kapitalismus (in ökonomischer Hinsicht) charakterisiert durch die verallgemeinerte Warenproduktion durch Lohnarbeit. Das würde genügen, um zu zeigen, daß die Wirtschaft der Ostblockländer kapitalistisch ist, beruht sie ja auf Warenproduktion und Lohnarbeit. Das Kapital kauft Produktionsmittel und Arbeitskräfte an, um Waren mit größerem Wert zu erzeugen. Hier liegt der Kreislauf des Kapitals, den Marx untersucht hat, um daraus alle Folgen, Gesetze und Formen der gesamten kapitalistischen Entwicklung abzuleiten. Nun, worauf es bei diesem Kreislauf ankommt, ist die Produktion von Mehrwert. Seit dem Aufkommen der Lohnarbeit wird die Produktion, die erweiterte Reproduktion und die Akkumulation von Kapital notwendigerweise der Motor der gesamten gesellschaftlichen Produktion. Mehr noch,

die Produktion kann nur funktionieren, wenn das Kapital in seiner Gesamtheit wie auch jedes einzelne Kapital sich vermehren kann. Marx zeigte, daß dies unlösbar Widersprüche beinhaltet und nach sich zieht.

Auf dem Papier stellt sich der "Übergang zum Sozialismus" also ganz einfach dar: es ist die Abschaffung der Lohnarbeit, die selbstverständlich die Abschaffung jedes Marktes und jeder Warenproduktion voraussetzt; es ist die Abschaffung jeglichen Warenaustausches selbst zwischen "freien" und "unabhängigen" Produktionseinheiten. Es ist die Aufhebung des Begriffes des Tauschwertes selber, die Abschaffung der Grenzen zwischen den Betrieben, die Bildung der ganzen Menschheit zu einer einzigen Produktions- und Konsumtionseinheit, die die Gesamtheit ihrer Aktivitäten gemäß ihren Bedürfnissen und ihren materiellen Möglichkeiten regelt und plant.

Der Sozialismus hat also ganz offensichtlich nichts gemeinsam mit der kleinbürgerlich-föderalistischen Auffassung vom Warenaustausch zwischen autonomen und selbstverwalteten Betrieben, die voll und ganz auf dem Boden des Marktes bleibt. Aber ebensowenig hat er etwas gemeinsam mit der "Nationalisierung" oder der Verstaatlichung der Produktionsmittel. Diese ist sicherlich eine notwendige Maßnahme, die aber an sich den kapitalistischen Charakter der Produktion nicht zerstört, sondern diese Zerstörung lediglich möglich macht. Und sie macht sie auch umso notwendiger, denn die Konzentration des ganzen Kapitals in den Händen des Staates (die übrigens nirgendwo verwirklicht wurde!) erlaubt keineswegs eine wirkliche Planung, wenn die Gesetze der Warenproduktion noch in Kraft bleiben; im Gegenteil, der Widerspruch zwischen diesen Gesetzen und den gesellschaftlichen Bedürfnissen wird noch krasser. Alle bürgerlichen Staaten versuchen, die Wirtschaft zu planen, und in bestimmten Grenzen kann dies ihnen vorübergehend gelingen, aber nur um eine noch größere Unordnung zu schaffen. Ob in Polen oder in der BRD, das Problem ist das selbe.

So einfach der Übergang zum Sozialismus auf dem Papier aussieht, umso verwickelter ist er in der Wirklichkeit: Dafür ist zunächst ein gewisser Reifegrad der Produktivkräfte, der durch den Kapitalismus selbst erzeugt wird, notwendig; außerdem und vor allem ist die revolutionäre Zerstörung des bürgerlichen Staates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats notwendig, die als einzige in der Lage ist, diesen Übergang zu verwirklichen. Dieser ist sicherlich nicht die Sache eines Tages. Und gewisse Leute behaupten, daß die Länder des Ostblocks,

obwohl sie noch nicht sozialistisch sind, diesen Umwandlungsprozeß durchmachen. Dem ist jedoch keineswegs so.

Die Geschichte dieses Jahrhunderts verfinsterte sich durch die Tatsache, daß die proletarische Revolution in einem wirtschaftlich rückständigen Land, das noch nicht reif war für den Übergang zum Sozialismus, isoliert blieb. Diese Unreife hinderte das Proletariat jedoch keineswegs daran, die Macht zu erobern, allerdings unter der Bedingung, eine internationale revolutionäre Perspektive zu vertreten. Aber da es isoliert blieb, war es durch diese Rückständigkeit gezwungen, mit Hilfe der Warenwirtschaft die Produktivkräfte zu entwickeln. Dies vergrößerte noch die Probleme, die sich der isolierten proletarischen Macht in einem Land oder in einer Gruppe von Ländern ohnehin stellen. Selbst in einem entwickelten kapitalistischen Land ist die vorrangige Aufgabe nicht die Einführung sozialistischer Maßnahmen, die natürlich so weit es geht durchgesetzt werden, sondern vor allem der Kampf auf allen Ebenen für die Ausweitung und den Sieg der Revolution im Weltmaßstab.

Es ist absurd zu glauben, daß die Revolution überall zur gleichen Zeit siegen könnte. Aber die Daseinsberechtigung eines proletarischen Staates ist nicht die, ein kleines, lokales "sozialistisches Paradies" aufzubauen, sondern vielmehr die, als vorgerückte Bastion des internationalen Kampfes des Proletariats zu dienen.

Der im Oktober entstandene proletarische Staat hat diese Funktion vollständig erfüllt, bis zu dem Zeitpunkt, wo die stalinistische Konterrevolution ihn jeden proletarischen Charakters beraubte. Dieser Charakter kam niemals in ökonomischen Maßnahmen zum Ausdruck, die Lenin als hauptsächlich kapitalistisch charakterisierte, sondern im Gegenteil in der politischen Natur des Staates, der durch die Partei geleitet wurde, sowie in der politischen Rolle, die er im internationalen Kampf spielte. Der Sieg der Theorie des "Sozialismus in einem Land" 1926 war das Markenzeichen einer wirklichen Konterrevolution, die in der Folge außerdem die gesamte alte bolschewistische Garde niedermetzeln mußte, um sich voll entfalten zu können. Seitdem zielte die Politik des russischen Staates im Innern nur darauf ab, den Kapitalismus rasch zu entwickeln. Hierfür mußte sie den proletarischen Widerstand brechen und mit den Bauern einen Kompromiß schließen, der die Form der Kolchose annahm. Nach außen hin zielte sie darauf ab, die revolutionäre Bewegung des Proletariats zu bekämpfen und zu zerschlagen - und dabei die Internationale zu benutzen, die na-

tionalen Interessen des russischen Staates zu verteidigen.

Zwei Tatsachen haben es ermöglicht, die von nun an rein bürgerliche Natur der UdSSR zu verschleiern. Einerseits hatte die Entwicklung des Kapitalismus dort noch einen revolutionären Charakter, wenn auch im rein bürgerlichen Sinne. Andererseits arbeiteten die KP's der verschiedenen Länder zwar für die Erhaltung des Weltkapitalismus; da sie aber Rußland verteidigten, stellten sie sich oft gegen ihre eigenen Bourgeoisien, was ihnen einen "subversiven" Anstrich verleihen konnte. Und in ihrer konterrevolutionären Aktion verbargen sie die Zusammenarbeit mit ihrer eigenen nationalen Bourgeoisie nicht selten hinter dem Pseudo-Internationalismus der Verteidigung der UdSSR. Stalin seinerseits gab zu Beginn des Krieges noch vor, "die Revolution an der Spitze der Bajonette der Roten Armee exportieren zu wollen".

Es hat sich schnell erwiesen, daß er nur die russische Herrschaft exportierte, die sich durch die Zerschlagung von Widerstandsbewegungen und durch die Festigung und Entwicklung des Kapitalismus in den Ländern seiner Einflußzone durchsetzte. In diesen Ländern wechselte nur die Re-

## KOMMUNISTISCHES PROGRAMM

Nr. 15/16

Oktober 1977

1917 - 1977:

### BILANZ EINER REVOLUTION

enthält folgende Abschnitte:

- Die großen Lehren der Oktoberrevolution
- Die falschen Lehren aus der Konterrevolution in Rußland
- Die sowjetische Wirtschaft vom Oktober bis heute

107 S. - DM 5,-

gierungsform, aber der bürgerliche Staat wurde nicht gestürzt. Durch die berühmten Verstaatlichungen versuchte er, die Industrie in seinen Händen zu konzentrieren, um sie an Rußland zu binden und gleichzeitig ihre Entwicklung zu beschleunigen. Übrigens ist die Wirtschaft in den sogenannten "sozialistischen" Ländern noch weniger konzentriert als in den Spitzenreitern des Kapitalismus wie den USA oder der BRD, der rechtlichen Konzentration der... Eigentumstitel zum Trotz.

Die UdSSR und die Parteien der verwesenden Internationale haben seit den 30er Jahren nichts proletarisches mehr an sich. Dasselbe gilt auch für alle "sozialistischen" Staaten, diese bürgerlichen Staaten und die Parteien, welche sie führen oder mit ihnen verbunden sind. Im Inneren sind sie die Instrumente der Diktatur des Kapitals. Im internationalen Maßstab spielen sie im imperialistischen Konzert mit, arbeiten sie Seite an Seite mit ihren Konkurrenten, um die imperialistische Ordnung - auch gegen die Revolten farbiger Völker - zu schützen. Und vor allem waren sie die stärkste politische Kraft der weltweiten bürgerlichen Konterrevolution.

Sie haben den Sozialismus auf das Niveau eines unmöglichen harmonischen Kapitalismus herabgewürdigt. Sie haben den revolutionären Kampf des Proletariats auf das Niveau der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Legalität erniedrigt. Sie haben den revolutionären Defaitismus der ruhmreichen Jahre der Internationale in einen kleinbürgerlichen Pazifismus und eine sozialpatriotische Kriegstreiberei verwandelt. Sie haben das Proletariat jeder eigenen historischen Perspektive beraubt, um es an Händen und Füßen gefesselt den bürgerlichen Staaten der ganzen Welt auszuliefern, um aus ihm den besten Kämpfer für die bürgerliche Wirtschaft, die bürgerliche Demokratie und das bürgerliche Vaterland zu machen.

Aber die Geschichte treibt das Proletariat unerbittlich in den Kampf. Ihm das wahre Wesen des "realen Sozialismus" zu zeigen, heißt ihm zu helfen, jede Solidarität mit "seiner" Wirtschaft und mit "seinem" Staat zu verwerfen, heißt ihm zu helfen, sich erfolgreich zu schlagen. Wer ihm weismachen will, daß es an der kapitalistischen Wirtschaft oder am bürgerlichen Staat im Osten wie im Westen etwas zu verteidigen gibt, der entworfen und lähmt es gegenüber der Bourgeoisie. In den Ländern des "realen Sozialismus", d.h. heißt in den Ländern des getarnten Kapitalismus, wie in jenen des erklärten Kapitalismus haben die Proletarier nichts zu verteidigen: Sie haben ihre Ketten zu zerbrechen und eine Welt zu erobern!

## Politische Traditionspflege, auf plumpe Art getrieben

Der politische Meuchelmord (und der Rufmord) an den eigenen Vertretern gehört zu dem festen Bestand der bürgerlich-demokratischen Tradition, und es ist nur allzu verständlich, daß der Stalinismus, als es darum ging, das kapitalistische Rußland Nr.2 gegen die revolutionären Bolschewiki zu errichten und zu festigen, diese Methoden zum System erhob. Er hätte aber nie die Perfektion (nicht zuletzt die Perfektion in der Handhabung der Heuchelei) erreichen können, welche Ältere und mit allen Wassern gewaschene Bourgeoisien an den Tag bringen. Wieviele Minister und Parteispitzen sind wohl allein in England gestürzt, weil man zum geeigneten Zeitpunkt die Fotos der Betroffenen im distinguierten Puff oder mit dem Call-girl parat hatte, das oft zufällig auch Geliebte eines KGB-Agenten war? Wie oft wurde im gerade richtigen Augenblick die Korruptionsaffäre eines Politikers oder einer Gruppe von Politikern entdeckt, und man konnte sich ihrer entledigen und zugleich für die moralische Erbauung der ganzen Gesellschaft sorgen - wie es in Italien bis zum Überdruß geschah, wodurch sich aber zuletzt selbst die so unauffällige polnische Bourgeoisie und die selige österreichische Republik auszeichneten?

In dieser Beziehung - wie in manch anderer auch - ist die amerikanische Bourgeoisie freilich einsame Spitze, wozu sie durch ihre internationale Vorrangstellung nun ja verpflichtet ist. Präsidenten, Präsidentschaftskandidaten und kleinere Tiere, die dem zwischen den verschiedenen bürgerlichen Flügeln und Einzelinteressen getroffenen Kompromiß nicht mehr entsprechen oder einen solchen Kompromiß erschweren, die sich als Galionsfigur verbräutet haben oder unfähig erweisen, werden - zumal wenn sie noch eine lange Regierungszeit vor sich haben oder haben könnten - mit den einfachsten Mitteln be-

seitigt. Der Mord und Rufmord sind da nur die Spitze eines Eisbergs, denn das meiste läßt sich mit Gewißheit durch Druck hinter den Kulissen bewerkstelligen.

Es gibt im Filmgeschäft Streifen besonders schlechter, geradezu plumper Machart, die für Provinz- und Vorortkinos gedreht werden. "Peinlich", wenn solche Filme sozusagen auf der großen Weltbühne gezeigt werden, zumal wenn sich das Drehbuch ungefähr wie folgt liest: Baptistischer Prediger und seine Leute müssen entlassen werden. Unter diesem Zwang und mangels zugkräftigerer Schauspieler einigt man sich auf pensionierten Star aus Filmen obiger Sorte und inzwischen Wahlverleerer von Beruf als Notlösung. Kaum besteigt der Cowboy den Sattel der Macht und fängt an, sich mit der sonst willkommenen Penetranz des hinterwäldlerischen Scharfmachers daneben zu benehmen, ohne soviel Posten wie versprochen verteilen zu können, ohne - realpolitisch, wie er sich jetzt zunehmend gebärden muß - seine Getreuen der ersten Ranch-Stunde befriedigen zu können, und schon geht ein Gerangel los, von wegen wer sein Stellvertreter, sein Ersatzmann im Notfall, sein soll. Hat man sich nun auf einen solchen geeinigt, der, wenn auch den Massen wenig bekannt, ganz zufällig ein superkorrekter, international erfahrener, "ernsthafter" Vertreter der US-Bourgeoisie ist, wohl auch zufällig dem Cowboy von vornherein als Vize beige stellt worden war und - vielleicht weniger zufällig - Bush heißt; hat man nun das alles endlich mal hinter sich, geschieht etwas Schreckliches, ein Skandal im härtesten Sinne des Wortes: die Kugel trifft den Präsidenten nicht! Oder sollte ihm und einem Teil seiner Mannschaft nur ein Denkkettel verpaßt werden?

P.S.: Wo oben "peinlich" steht, lese der Proletarier: ermutigend.

# Unter dem Kapitalismus bedeutet der wirtschaftliche Fortschritt wachsende Arbeitslosigkeit

Wirtschaftsexperten des FAST (Forecasting and Assessment in the field of Science and Technology), einer von der EG abhängigen Organisation, kamen bereits voriges Jahr zu dem Schluß, daß ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Man sagt klipp und klar, die Arbeitslosigkeit habe erst begonnen. Bis 1985 prognostiziert man geradezu eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen für Europa. Verglichen mit dem derzeitigen Stand würde es dann statt der heutigen 6 Millionen 12 Millionen Arbeitslose geben. Dafür werden im wesentlichen vier Stränge von Faktoren verantwortlich gemacht.

Der erste Faktor ist das Wirtschaftswachstum, das bis 1974 noch Arbeitsplätze schafft, von da an aber eine umgekehrte Richtung einschlägt. Das hängt einerseits mit dem seit 1975 einsetzenden verlangsamten Wirtschaftswachstum und andererseits mit dem zweiten Faktor, der von da an besonders scharf angestrebten Produktivitätssteigerung, zusammen. Sehen wir uns dazu einige bundesdeutsche Daten an:

So "ist das Bruttoinlandsprodukt (...) von 1950 bis 1959 um rund 98 %, die Arbeitsproduktivität um 63 % gestiegen. Mit anderen Worten: aufgrund des technischen Fortschritts wurde 1959 von jedem Erwerbstätigen durchschnittlich 63 % mehr erzeugt. Da sich jedoch die Produktion ins-

gesamt von 1950 bis 1959 um 98 % erhöht hatte, waren 22 % mehr Erwerbstätige erforderlich, um dieses Wachstum zu erreichen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist also gestiegen, weil die wirtschaftliche Wachstumsrate erheblich über dem Anstieg der Arbeitsproduktivität lag.

Auch in den sechziger Jahren übertraf die wirtschaftliche Wachstumsrate noch geringfügig den Anstieg der Produktivität. So erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum von 1960 bis 1969 um 49,4 %, der Produktivitätsfortschritt betrug demgegenüber nur 48,5 % (...)

In den siebziger Jahren vollzog sich genau die umgekehrte Entwicklung. Während 1979 jeder einzelne Erwerbstätige im Durchschnitt aufgrund des technischen Fortschritts in der Lage war, rund 34 % mehr zu erzeugen als 1970, wurde die Produktion insgesamt nur um rund 29 % erhöht. Das bedeutet: Da die wirtschaftliche Wachstumsrate niedriger war als der Produktivitätsfortschritt, benötigte man eine kleinere Zahl von Arbeitskräften, nämlich 4 % weniger, um dieses geringere Wachstum zu ermöglichen." ("Instrumente der Arbeitsmarktpolitik", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 2/81)

Die bürgerlichen "Fachleute" geben ja offen zu, daß die Steigerung der Produk-

tivität sich nur negativ auf die Beschäftigung auswirken kann, vor allem wenn die Arbeitszeit gleich bleibt. Aber zu nett ist es, wenn sie dann behaupten, "theoretisch" könnte man die Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung verringern, ...wenn es nicht die internationale Konkurrenz gäbe! So die oben erwähnten EG-Experten: "Die Voraussetzungen für eine Arbeitszeitverkürzung werden durch die ausländische Wettbewerbsfähigkeit entscheidend eingeschränkt. Der Wettbewerbszwang verurteilt alle Länder zu einem Wettlauf um die Steigerung der Produktivität. Bei einem schwachen Wirtschaftswachstum bedeutet dies notwendigerweise mehr Arbeitslosigkeit." (aus: *Economie et humanisme*, Juli-August 1980)

Klar, daß es sich hier in erster Linie um die Industrieproduktion handelt, wo die Verringerung der Beschäftigten weiterhin fortschreitet, weil "die internationale Konkurrenz die Industrieländer zwingt, sich auf technologisch hochentwickelte Produktionen mit wenig Einsatz von Arbeitskräften zu spezialisieren und die Branchen preiszugeben, die durch die Konkurrenz der sogenannten Billiglöhnländer bedroht sind" (ebenda). Und wir fügen hinzu, daß darüberhinaus die Industrieländer selbst bestimmte Produktionen in die "Billiglöhnländer" verlegen, also ihr Kapital dorthin exportieren, während sie andererseits die Löhne der Proletarier im eigenen Land weitmöglichst drücken, daß die Offensive gegen die Arbeiterklasse also auf mehreren Ebenen erfolgt. Gibt es einen besseren Beweis, daß man konkurrenzfähig eben dadurch ist, daß man möglichst niedrige Löhne bezahlt und Arbeitskräfte entläßt? Gibt es einen besseren Beweis, daß der Kapitalismus auf dem Rücken der Arbeiterklasse gedeiht und seine Krisen zu überwinden versucht?

Die bürgerlichen Experten selbst sprechen also von verheerenden Wirkungen auf die Beschäftigung: "Technischer Fortschritt und der notwendige Strukturwandel der Wirtschaft werden erhebliche Rationalisierungsinvestitionen zur Folge haben. Die Forscher des Münchner Ifo-Instituts und die von Prognos erwarten bereits bis 1985 erhebliche Rationalisierungen durch die Mikroelektronik mit verheerenden Wirkungen auf die Beschäftigung" (aus: *Wirtschaftswoche* vom 16.1.81, S. 25).

Das dritte Phänomen besteht darin, daß "schon seit Beginn der siebziger Jahre (...) die Absorptionsfähigkeit des tertiären Sektors (also des sogenannten Dienstleistungssektors) nicht mehr ausreicht, die freiwerdenden Arbeitskräfte der anderen Sektoren aufzunehmen" (ebda).

Fortsetzung von S. 1

## Polen auf des Messers Schneide

Insofern ist die wiederholte "Entschärfung" der Lage und "Entwarnung" nach den drohenden Kampfausbrüchen keine reine Wiederherstellung des labilen Gleichgewichts: Solange die Kampfbereitschaft wie bislang weiter besteht, ändert sie das Gleichgewicht innerhalb der Arbeiterklasse. Die wesentliche Karte, auf die die Bourgeoisie der ganzen Welt (inkl. in Rußland) setzt, nutzt sich ab. Walesa und die Kräfte, die er repräsentiert, haben nicht allein die von Jaruzelski "vorgeschlagene" Kampfpause akzeptiert, sie sind nicht allein für den Vorschlag der Regierung, gemischte Kommissionen für die Prüfung der Arbeiterforderungen zu bilden: Sie betätigen sich auch ausdrücklich als eine soziale Feuerwehr im nationalen Maßstab und werden als solche zunehmend betrachtet.

LEST! ABONNIERT!

**programme  
communiste**

Das andere Ergebnis der Entwicklung der letzten Monate ist die direkte oder indirekte Ablösung von verhassten Politikern und Beamten auf der untersten Ebene des Staatsapparates, die von den Arbeitern gefordert und durchgesetzt wird. Diese politischen Forderungen können selbstverständlich weder die gegenwärtige Herrschaft im allgemeinen noch ihre spezifische Form in Frage stellen. Sie haben aber eine große Bedeutung, und zwar nicht allein weil sie das tatsächliche Haßgefühl gegen einen politischen Apparat zum Ausdruck bringen, mit dem die Repression der proletarischen Kämpfe identifiziert wird, sondern auch und vor allem weil die Regierung - die auf diesem Gebiet nur ungern nachgibt - sich immer

Die öffentlichen und privaten Dienstleistungsberufe, die (ohne Handel und Verkehr) von 1962 bis 1979 zusätzlich mehr als 2 Millionen Arbeitskräfte aufnahmen, werden nämlich heute gleichfalls von einer Rationalisierungswelle erfaßt. "So erwartet die Siemens AG in einer Studie mit dem Titel 'Büro 1990', daß allein von den 5 Millionen Beschäftigten in der Textverarbeitung bis 1990 1 bis 1,5 Millionen überflüssig werden" (ebda).

Dazu kommt, daß der Staat, der immer mehr in eine finanzielle Krise gerät, die Ausgaben für das Gesundheits- und Erziehungswesen kürzt und nun sogar drastisch beschneidet, wodurch auch hier die Zahl der Beschäftigten sinken wird.

Schließlich, als vierten Faktor, erwartet man für Europa insgesamt ein Anwachsen der Personen im erwerbsfähigen Alter bis zur Mitte der achtziger Jahre, weil die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt strömen.

Die bürgerlichen Experten können natürlich keine Lösungen für das Problem der Arbeitslosigkeit vorschlagen. Um wenigstens eine Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit zu verhindern - rechnen sie uns auf dem Papier vor -, müßte das Wirtschaftswachstum in Europa mit einer Jahresrate von 7 bis 8 % ansteigen. Ernsthaft vorzuschlagen wagt dies jedoch keiner von ihnen, will er nicht als Einfaltspinsel gelten. Und die andere Lösung, eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit, wird ja - wie wir schon gesehen haben - vom Konkurrenzdruck durchkreuzt.

Die Arbeiter dürfen in dieser wachsenden Arbeitslosigkeit nicht einzig und allein eine Bedrohung sehen. Sie zeigt im Gegenteil, daß der Kapitalismus ein ökonomisches System ist, das weder auf politischer noch auf sozialer Ebene in der Lage ist, die Probleme der Gesellschaft zu lösen, und daß er deshalb zerstört werden muß. Man muß jedoch gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen, und das bedeutet: Kampf zur Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, insbesondere für die drastische Kürzung der Arbeitszeit und Verringerung der Arbeitshetze, für die Abschaffung der Überstunden, für vollen Lohn für die Entlassenen und Arbeitslosen.

Abgesehen von den unmittelbaren Ergebnissen, wird dieser Kampf gegen die Offensive des Kapitals auf ökonomischer Ebene ein erster Schritt sein für eine immer breitere Vereinigung der Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter.

## Bourgeoisie und Proletariat angesichts der Warnstreiks

Jede Tarifrunde hat vorprogrammierte Phasen, welche - fein aufeinander abgestimmt - dazu dienen sollen, den Ausbruch von Lohnkämpfen zu verhindern. Je nach Lage kommen die Verhandlungspartner schnell zur Einigung, oder es gibt endlose "zähe" Verhandlungen, an deren Ende ein Ergebnis herauskommt, das im Einklang mit den Interessen des Kapitals steht. Besteht seitens der Arbeiter eine Bereitschaft zur Abwehr, so rufen die Gewerkschaften nach Abschluß der "Friedenspflicht" (die Preissteigerungen kennen übrigens keine Friedenspflicht!) immer häufiger zu Warnstreiks auf. Bevor wir auf die Haltung eingehen, welche die kämpferischen Proletarier zu diesen Warnstreiks einnehmen sollen, wollen wir kurz zitieren, welche Rolle solche Warnstreiks in den Augen der Bourgeoisie und den Gewerkschaften spielen.

In bezug auf die lang hingezogenen Tarifrundverhandlungen in der Metallindustrie, wo sich im Februar die Fronten "versteift" hatten und noch keine weiteren Angebote seitens Gesamtmetall gemacht worden waren, schrieb das "Handelsblatt", das Sprachrohr des Kapitals, am 24.2.81 im Hinblick auf die vorauszu sehende, sozusagen vorprogrammierte Phase von Warnstreiks: "Solche weiteren Angebote könnten dann nämlich auch von der IG Metall als Erfolg der Arbeitskämpfung bilanziert werden, während sie in der jetzigen Phase eine verschenkte Vorleistung wären." (...)

"Auch die Arbeitgeber können ihre Siegfriedlinie eines 2,5 %-Angebots, das mit solchem publizistischen Aufwand so überzeugend begründet (!) wurde, nicht ohne eine deutliche Pression der anderen Seite verlassen. Da auch die IG Metall ihren Mitgliedern gegenüber den Verzicht und vielleicht sogar die Halbierung der 8 %-Forderung begründen muß, brauchen beide Seiten einen gebremsten Arbeitskampf als Alibi für Schlichtung und Einigung."

Ganz anders stellt sich die Frage vom Blickwinkel des kämpferischen Arbeiters. Er tritt nicht in den Warnstreik ein, um sich selbst zu verschaukeln oder sinnlos abzureagieren, sondern um einen Druck im Sinne der Durchsetzung der Forderungen auszuüben. Der kämpferische Arbeiter, der sich seiner Klasse verpflichtet fühlt und sie für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen mobilisieren und stärken will, wird jede Gelegenheit, auch die bescheidenste Kampfhandlung, auszunutzen, um in diesem Sinne zu wirken. Er wird sich daher dem Warnstreik gegenüber nicht gleichgültig verhalten. Er wird handeln. Dazu ist natürlich notwendig, daß man einen genauen Einblick in die wirkliche Situation hat, d.h. daß man davon ausgeht, daß diese Warnstreiks von den Gewerkschaften ausgelöst werden im Sinne und mit den Absichten, die das obige Zitat so plastisch beschreibt. Geht man nicht davon aus, so kann man auch nicht diese demoralisierenden Ziele und den Ausverkauf der eigenen Interessen kontern.

Die reine Erkenntnis der Rolle, welche diese zwei Akteure - Gewerkschaften und Arbeitgeberverband - bei den Tarifrunden spielen, genügt aber nicht. Sie muß begleitet werden von der Bemühung, im Laufe des Warnstreiks praktisch gegen diese Verschaukelung, gegen dieses Abwiegemanöver vorzugehen, selbst wenn man zunächst nicht über die Kraft verfügt, die notwendig ist, um über den Warnstreik hinausgehen zu können.

Dazu gehört zunächst die Entlarvung der Rolle der Gewerkschaften bei gleichzeitiger Mobilisierung für den Warnstreik, bei gleichzeitigem Aufruf, den Warnstreik zu einer kämpferischen Kundgebung zu machen. Dazu gehört die Intervention im Laufe des Warnstreiks selbst, um ihn nach Möglichkeit zu verlängern.

Die Gewerkschaften knüpfen an Warnstreiks wie an jede Protestkundgebung im Laufe der Tarifrunde an, um durch ihre Minibonzen vor Ort das Märchen verbreiten zu lassen, die Aktion diene dazu, den Rücken der Verhandlungskommission gegen die Arbeitgeber zu stärken. Umso notwendiger ist es, klar aufzuzeigen, daß man Druck auf beide "Verhandlungspartner" ausübt, daß man davon ausgeht, daß beide einen Klügel bilden, gegen den man seine Forderungen durchzusetzen hat. Gerade dadurch kann man vermeiden, daß die Bonzen eventuelle bzw. einprogrammierte "Zugeständnisse" der Arbeitgeber als eigenen Erfolg in Anspruch nehmen, während in Wirklichkeit Gewerkschaften und Arbeitgeber bestrebt sind, einen Prozentsatz zu finden, der einerseits mit den berechtigten Interessen der Wirtschaft vereinbar ist und andererseits den Sozialfrieden nicht unmittelbar gefährdet. Die Gewerkschaften werden bei ihren Verhandlungen immer soweit nach unten gehen, wie sie es angesichts des Drucks der Arbeiter können.

Wenn man also noch nicht die Kraft hat, über den Warnstreik hinauszugehen, so muß man den Warnstreik als Protestkundgebung benutzen, um ihn zugleich maximal auszudehnen, die Fäden den Händen der Bonzen zu entreißen und sich darauf vorzubereiten, die Ebene des Protestes zu verlassen und auf die Ebene des Einsatzes von *Machtmitteln*, von *richtigen Streiks*, unbefristet und ohne Vorankündigung, überzugehen.

Dabei ist im Hinblick auf die kommenden Kämpfe zu beachten, daß die Möglichkeit, die Grenzen der offiziellen Gewerkschaftsaktionen zu sprengen, auch eng von einer Arbeit der kämpferischen Proletarier abhängt, nicht zuletzt von ihren *organisatorischen Bemühungen*. Und diese Bemühungen, sich außerhalb der Kontrolle durch die Gewerkschaftsbonzen zu organisieren, können und müssen durchaus auch an die Mobilisierung für die Warnstreiks und andere Kundgebungen wie an die Diskussion über die Ergebnisse solcher Aktionen und die Kritik an ihnen anknüpfen.